

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis...
Erscheint täglich.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Bekannt für die festgesetzte...
Telegraphen-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Montag, den 22. Juni 1914.

Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1981.

Maul halten!

Als in der vergangenen Woche der Genosse Haenisch im preussischen Dreiklassenparlament die heimtückische Bereitwilligkeit der reaktionären Parteien, den Genossen Liebnecht den Leipziger Disziplinarrichtern ans Messer zu liefern, gebührend brandmarkte, tobte die Rechte wie besessen, und als der Redner seinen dritten Ordnungsruf weg hatte, krächten ein paar ganz unberzagte Junker: Maul halten! Es läßt sich nichts daran drehen und deuteln, denn auch in dem Parlamentsbericht der konservativen Presse findet sich am Schluß der Haenisch'schen Rede der Klammervermerk:

(Aufe rechts: Maul halten! — Abg. Haenisch erhält seinen dritten Ordnungsruf.)

Es wird dadurch aller Welt offensichtlich, daß die Sozialdemokraten das Niveau des „hohen Hauses“ drücken und daß zu dem Hausrechtsparagrafen schleunigst noch andere Bestimmungen der Geschäftsordnung eingefügt werden müssen, um dem Kuppelton der Sozialdemokratie ein Ziel zu setzen.

Nun verleihe man uns nicht fälschlich: wir nehmen es einem beliebigen Kräufler gar nicht sonderlich übel, wenn er in höchster Eile so krächzt, wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Was das Herz voll ist, des geht der Mund über, und diese hinterpomerischen und uckermärkischen Hüter des „guten Tons“ kennen den guten Ton eben nur vom Hörensagen. Maul halten! Du lieber Himmel, daß hat man als Leutnant auf dem Kasernenhof so oft einen „Kerl“ ins Gesicht gebrüllt, der gegen eine ungerechtfertigte Beschuldigung den Mund aufzutun wagte — Maul halten! Damit hat man später als Gutsherr die Landarbeiter angeknurrert, wenn sie mit irgendeiner bescheidenen Bitte kamen — Maul halten! Das ist diesen feudalen Herren aus Ostelbien so in Fleisch und Blut übergegangen, daß es ihnen auch im Landtag in der Hitze des Gefechts schnell einmal entfährt.

Oder vielmehr: es handelt sich hier nicht um ein Entfähen und nicht um Hitze des Gefechts — dieser unerschämte Ruf: Maul halten! ist hier mehr als eine junkerliche Frechheit, es ist der innerste Ausdruck eines ganzen politischen Systems. Ein treffendes Spottwort hat ja die Rechte des preussischen Untertanen auf die Formel gebracht: Soldat werden, Steuern zahlen und das Maul halten. Freilich, so recht im Flor stand dieses politische System nur im Vormärz, wo der absolutistische Junkerstaat bei den leifesten Regungen bürgerlicher Unzufriedenheit mit derdem: Maul halten! dazwischenfuhr.

Der König Friedrich Wilhelm III. hatte Anno 1815 dem Volk sein königliches Wort für eine Verfassung versprochen, die Jahre gingen hin und das Versprechen blieb uneingelöst, aber wehe! wer daran auch nur zu erinnern wagte! Maul halten! schrie die Justiz und der unbequeme Wähler verschwand, summt gemacht, hinter den blickenden Mauern solider Festungsanlagen. Junge Schriftsteller verkündeten in den dreißiger Jahren mit Mut und Talent die Gedanken der neuen Zeit und sangen der politischen Freiheit ein kühnes Lied — Maul halten! jähste der Bundesrat dazwischen und verbot in Bausch und Bogen alle Schriften des „Jungen Deutschlands“, nicht nur, die schon erschienen waren, sondern in staatsretterischer Weisheit auch die noch erscheinenden. In den vierziger Jahren peitschte grimmige Not und bitterstes Elend die schlesischen Hungerweber, endlich einmal den Mund aufzutun, sie schrien ihre Misere zum Himmel empor, der sie nicht erhörte, sie gafften allen Groll, allen Trost gegen ihre schamlosen Ausbeuter in die ungefügen Verse des Weberliedes:

Ihr Schurken all, ihr Satansbrut,
Ihr höllischen Dämonen,
Ihr frecht der Armen Hab und Gut,
Und Blut wird euch zum Lohne.

Da pfefferte der König mit dem Salvenfeuer der Infanterie sein: Maul halten! dazwischen, und auch die schlesischen Weber wurden summt gemacht. Das ging so lange, wo nicht im Guten, so im Bösen, bis der 18. März 1848 kam und das Volk sich nicht mehr den Mund verbieten ließ, sondern gleich mit scharfen Schüssen hinter Barricaden hervor seine Ansicht über der Junker unwürdiges Knutentregime äußerten.

Aber bald sahen Absolutismus und Junkertum wieder munter im Sattel, und hochfahrender und höhnischer Klang den Recht heischenden Volksmassen das feudale: Maul halten! entgegen. Die Jahrzehnte verstrichen, die bürgerliche Demokratie dankte ab, die Sozialdemokratie kam auf, wuchs, entwickelte sich, erstarkte — da Klang auch für sie von den Lippen des Gewaltmenschen Bismarck der Befehl: Maul halten! Denn das Sozialistengesetz war ja nichts anderes als der systematische Versuch, die Sozialdemokratie summt zu machen. Die Mäglich dieser Versuch scheiterte, wie siegeszroh hinter dem gestürzten Blut- und Eisenmann der Ruf erklang: Es lebe die Sozialdemokratie!, ist allen Kennern der Geschichte bekannt.

Aber für der ostelbischen Junker Gezucht gilt Hegeis Wort: Aus der Geschichte lernen wir, daß wir nichts aus der

Geschichte lernen! In ihren dicken Schädel will die Erkenntnis nicht hinein, daß die Erde rund ist und sich dreht und daß ihre unerfättliche und raffgierige Klasse in das zwanzigste Jahrhundert hineinragt wie ein erratischer Block der Vorzeit. Auf die Bajonette gestützt und die Maschinengewehre, wähen sie ihre gottgewollte Herrschaft noch fest und sicher und glauben immer noch dem Volk ihr: Maul halten! entgegenzuarbeiten zu können. Zuweilen scheint ihnen sogar der Erfolg zu winken. Die Justiz macht gegenwärtig ganze Arbeit, die Staatsanwälte müssen Lieberstunden einlegen, es prasselt nur so an Anklagen auf die Sozialdemokratie herin — was ist das anderes als auch ein Versuch, der Partei der Arbeiterklasse den Mund zu verbieten und ihrer Kritik an den tausend Mißständen unserer herrlichen Staatsordnung einen Maulkorb vorzubinden! Im Vormärz wurde ein Berliner Referendar für ein Jahr auf Festung geschickt, weil er versucht, Mißvergügen gegen die Regierung zu erregen. Lieben sollt ihr mich, Kanakillen, nicht fürchten! Ichrie der erste Friedrich Wilhelm und ließ seinen verdorbenen Krückstock auf dem Rücken scheu vorüberhuschender Bürger tanzen. Wenn die Regierung den braven Untertanen kein Vergnügen macht, spaziert er ins Loch. Und nur zum loyalen Durra darf auch der Staatsbürger Anno 1914 den Mund aufstehen, sonst heißt es flugs: Maul halten!

Am meisten frist es den Junkern natürlich am Herzen, daß in die preussische Landstube, wo man so schön unter sich war, die wirklichen Volksvertreter eingebunden sind und hier unbestimmert die Forderungen der Massen anmelden. Darum kam dieses junkerliche: Maul halten!, das dem Genossen Haenisch zugerufen wurde, wirklich aus tiefster Seele, und es galt nicht nur dem einen sozialdemokratischen Abgeordneten, sondern mehr noch den Millionen, die draußen stehen und fürnisch mit ihren Häuften an die Tore des Dreiklassenparlaments trommeln: Unser Recht! Unser Recht!

Aber wie man in den Wald hineinruft, so schallt es hinaus, und ein Tag wird kommen, da aus Millionen Rehlen der Hausvoll frecher Junker ein so gewaltiges: Maul halten! entgegendonnert, daß auch dem Unverschämtesten vor Schreck das Mundwerk stehen bleibi.

Der albanische Aufstand.

Scheitern der Verhandlungen.

Durazzo, 20. Juni. (Meldung der Agenzia Stefani von 11 Uhr 30 Minuten nachts.) Bei den Verhandlungen mit den Unterhändlern, welche in vollem Einverständnis mit der Regierung im Namen der Stadt über den Frieden verhandeln sollten, verlangten die Aufständischen Befreiung vom Militärdienst und den Steuern, sowie die Annahme anderer geringfügiger Forderungen, die sie schon gestellt hätten. Außerdem verlangten sie einen dreitägigen Waffenstillstand. Da die Regierung auf die Forderung des dreitägigen Waffenstillstandes nicht eingehen zu können erklärte, wurde schließlich vereinbart, daß, wenn bis Sonntag nachmittag 5 Uhr 30 Minuten keine Antwort erteilt werde, sämtliche Verhandlungen abgebrochen sein sollten. Eine Entscheidung hat die albanische Regierung bisher nicht getroffen. Der Tag ist ruhig verlaufen.

Neue Beschreibungen.

Durazzo, 20. Juni. (Meldung des Wiener A. S. Telegr.-Korr.-Bureaus.) In der vergangenen Nacht lief die „Herzogowina“ abermals aus und beschah die feindlichen Stellungen in der Richtung von Porta Romana und Kawoja. Da in der vergangenen Nacht in Durazzo abermals Gewehrschüsse von Unbekannten abgegeben wurden, erhielt der holländische Kommandant Koon die Anordnung, daß jedermann, der in der Stadt Schüsse abfeuert, mit fünf Jahren Gefängnis bestraft wird. Der heutige Tag verlief vollkommen ruhig. Um etwaigen obermaligen Ueberrumpelungsversuchen vorzubeugen, wurden an sämtlichen einigermassen gefährdeten Punkten Verschanzungen und Drahtgäule errichtet, so daß ein Eindringen des Feindes in die Stadt selbst im Falle eines unerwarteten überraschenden Angriffes ausgeschlossen erscheint. Heute hat sich das freiwillige Artilleriekorps organisiert. Es wählte den preussischen Militärspez von der Lippe zum Kommandanten, der seinerseits den Befehlen der holländischen Offiziere untersteht.

Verzweifelte Lage.

Durazzo, 20. Juni. (Meldung des Wiener A. S. Telegr.-Korr.-Bureaus.) Die allgemeine Lage ist sehr ungelöst. Prent Bibdoda befindet sich mit seinen Leuten noch immer etwa vier Stunden hinter Durazzo und scheint zu zögern, den Vormarsch gegen Schifal zum Angriff auf die Aufständischen anzutreten. Auch herrscht keine Klarheit, wie Ahmed Bei Mati, der über Tirana vorrückt und den Kreis um die Aufständischen enger ziehen sollte, sich verhält. Ueber die Stellungnahme Aziz Vashas Brioni, der zu dem gleichen Zwecke von Süden über Piert heranzücken sollte, liegen keine günstigen Nachrichten vor.

Wie soll der Staat gerettet werden?

Die Junker leiden im allgemeinen nicht unter einem Mangel von Wissen, und ihre Kenntnis der Literatur des alten Rom beschränkt sich bei den meisten von ihnen auf zwei Zitate aus den Reden des seligen Cicero. Die werden dann um so häufiger angewandt, und es vergeht kaum ein Monat, in dem nicht irgendein Mitarbeiter der „Kreuzzeitung“ fragt, wie lange Cotta (dieser oblige Amtszüger muß für die Sozialdemokratie verantwortlich zeichnen) noch unsere Geduld mißbrauchen wolle, und in denen nicht an die Regierung die Mahnung gerichtet würde: „Die Konsuln mögen darauf bedacht sein, daß das Staatswesen keinen Schaden erleide.“ Jetzt ist es wieder der durch seine naiven Scharfmacherreden im Herrenhause bekannte Herr von Püllkammer, der sich in die Toga des klassischen Vaterlandsfreundes hüllt und den Lesern des Staats seine Warnung zuruft. Er hat im „Vorwärts“ frevelhafte Aufreizungen zum Treubruch, zum Hochverrat und zur Meuterei entdeckt; in dem Beschluß, einen Rassenstreik auszulösen, sieht er die Aufforderung zu einer zielbewußten gewalttätigen Organisation der Revolution; es muß also unbedingt etwas geschehen, etwas Großes, etwas Durchgreifendes, und wenn Herr v. Püllkammer auch selber nicht weiß, was, so hat er doch im Gegensatz zu den meisten seiner Ständes- und Genossenschaftsgenossen offenbar das Vertrauen zu den „Konsuln“, daß diese das Richtige finden werden. Sei es nun, daß sie die bestehenden Gesetze scharfer anwenden oder neue machen.

Der zweite Weg wäre ja der bessere. Aber es ist auch der schmerzlichere, und mit den bestehenden Gesetzen ließe sich einholen auch schon allerlei machen. Zum Beispiel wird Wehmann Holweg jetzt „beweisen“, daß er den politischen Rassenstreik einfach verbieten konnte. Das freikonservative „Neue Jahrhundert“ berichtet diesen Satz und legt unter Anwendung von viel juristischem Scharfsinn dar, daß die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung mit den ökonomischen Umständen für untauglich erklärt. Diese Beweisführung erinnert ein wenig an die bange Frage des Königs von Sachsen, der im Jahre 1890, als nach Dresden die Kunde kam, daß die Franzosen ihren König verjagt hätten, erschrocken und unwillig andrief: „Ja, diesen sie denn das?“ Das soll nicht heißen, daß man nicht in der Lage ist, die politische und die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung auf alle mögliche Weise zu schikanieren, aber das Gesetz, durch das die Vorbereitung eines politischen Streiks verboten wäre, soll man uns doch noch erst aufweisen.

Der konservative Staatsrechtslehrer Professor Bornha! ist auch überzeugt, daß eine Änderung der Gesetzgebung nicht notwendig sei, um die Abgeordneten, die bei Kaiserhochs sitzen bleiben, hinter Schloß und Riegel zu bringen. Die Immunität hätten die Demonstranten vom 20. Mai nicht mehr besitzen und an der Majestätsbeleidigung lasse sich nicht zweifeln. Nun hat zwar das Reichsgericht bekanntlich entschieden, daß das Sitzenbleiben beim Kaiserhoch noch keine Beleidigung im Sinne des § 15 des Strafgesetzbuchs bedeute, und das war noch vor der Novelle von 1908, die bekanntlich Absicht der Ehrverletzung, Vöswilligkeit und Ueberlegen als Tatbestandsmerkmale fordert. Doch das kümmert Herrn Bornha! wenig. Sein Vertrauen in die Justiz ist unerschütterlich.

Nach einer mehr als zehnjährigen richterlichen Erfahrung als Berliner Strafrichter glaube ich behaupten zu dürfen, daß jede Berliner Strafkammer die Genossen, deren Sitzenbleiben nachgewiesen war, einfach wegen Majestätsbeleidigung verurteilt hätte.

Wir wollen Herrn Bornha! nicht widersprechen, denn er muß ja in der Tat den Geist unter den Richtern einigermaßen kennen. Aber leider bleibt einzuweilen seine Hoffnung, daß während des nächsten Winters die sozialdemokratische Reichstagsfraktion statt im Reichstag im Gefängnis sitze, unerfüllt, und deshalb hält es die „Kreuzzeitung“ auf alle Fälle für besser, das Gesetz zu ändern, das heißt auf der einen Seite die Immunität der Abgeordneten zu begrenzen und auf der andern Seite den Majestätsbeleidigungsparagrafen nach rückwärts zu residieren. Nun haben die Konservativen im Jahre 1908 selbst für seine Wiederrückung gestimmt, aber, wie die „Kreuzzeitung“ so schön sagt, die heutige Fassung genügt nicht mehr, um den Anspruch des Volkes, in seinen Gefühlen der Ehrfurcht, der Anhänglichkeit und der Treue gegen den Monarchen und gegen die Einrichtung der Monarchie geschädigt zu werden, zu erfüllen. Das Volk, das die „Kreuzzeitung“ meint, ist natürlich das Volk der Junker. In deren Namen also muß der Träger der Krone wirksamer geschützt werden. Wie jagte doch einer der Eblen vor kurzem in der „Politisch-Anthropologischen Revue“: „Wir haben nun unserer selbst willen den Anspruch auf die Erhaltung der Monarchie.“

Nun, und wir warten mit Interesse ab, welche Vorschläge zur Durchsetzung dieses Anspruchs bis zum Herbst noch gemacht werden.

Die gelbe Lehre.

Von Gustav Hoch.

Professor Dr. Andreas Voigt in Frankfurt am Main hat sich veranlaßt gefühlt, seinen Eifer für die gelben Gewerkschaften „wissenschaftlich“ zu rechtfertigen. In der „Frankfurter Zeitung“ bemüht er sich mit zwei Fragen, von denen die erste lautet:

Können Gewerkschaften, die auf den Streit verzichten, einen wesentlich mitbestimmenden Einfluß auf die Arbeitsbedingungen ausüben?

Um diese Frage zu beantworten, geht Professor Dr. Voigt auf die wahrlich nicht mehr ganz neue Lehre von dem „alle Gebiete des Wirtschaftslebens“ allein beherrschenden freien Spiel der Kräfte zurück: Angebot und Nachfrage regeln das Wirtschaftsleben mit solcher zwingenden Notwendigkeit, daß die Menschen auch durch ihre Verbände so gut wie nichts daran ändern können und daß sich deshalb auch nicht ein erster Kampf dagegen lohnt.

Daher darf die Bedeutung aller Verbände für die Preisgestaltung nicht überschätzt werden. Sie können wohl innerhalb der von der wirtschaftlichen Konjunktur gezogenen Grenzen keine Widerstände des Willens der Gegenpartei überwinden, nicht aber wesentliche Preisüberschiebungen herbeiführen. So kann man vielleicht durch einen Konsumentenstreik in bezug auf Fleischgenuss einmal den Willen einer Metzgerei, den Fleischpreis an der oberen Grenze des Preispielraumes festzusetzen, brechen; niemand aber wird glauben, daß die Fleischpreise heute wesentlich anders sein würden, als sie sind, wenn etwa in den letzten 50 Jahren mit den Mitteln des Konsumentenstreiks und der Ausperrung um sie gekämpft worden wäre. In gewissen Zeiten wären sie höher, zu anderen niedriger gewesen, als sie es tatsächlich waren; der Durchschnittspreis aber in längeren Zeitabschnitten wäre wahrscheinlich derselbe gewesen, wie er sich ohne diese Kampfmittel von selbst gestaltet hat.

Wie aber, wenn die Viehzüchter „streiken“, wenn sie die Aufzucht von Schlachtvieh so weit einschränken, daß die Käufer einen Notstandspreis bezahlen müssen?

Allerdings steht den hohen Preisen dann die eingeschränkte Aufzucht von Vieh gegenüber; und sie bedeutet für die Viehzüchter einen Verlust. Daher werden die Viehzüchter, wenn sie in dem dazu nötigen Maße den Markt beherrschen, sowohl den Vorteil aus den hohen Viehpreisen als auch den Nachteil aus der eingeschränkten Aufzucht möglichst genau ausrechnen und die Aufzucht so einrichten, daß die Grenzen halten, bei denen für sie der Vorteil aus den hohen Preisen größer ist als der Nachteil aus der Einschränkung der Aufzucht. Daß dieses Verfahren in der Tat den Unternehmern dauernd einen größeren Profit, den Verbrauchern höhere Preise bringt, als es ohne dies der Fall wäre, sehen wir in einer langen Reihe kartellierter Gewerbegebiete, so zum Beispiel auf dem Kohlenmarkt. Die Großkapitalisten denken denn auch gar nicht daran, sich nach der gelben Lehre des Professors Dr. Voigt zu richten und auf ihre Kartelle und auf die „Regelung“ der Produktion zu verzichten, sondern legen hierauf sehr großen Wert.

Und wie sieht es auf dem Arbeitsmarkt aus? Gar nicht anders, antwortet Professor Dr. Voigt, als auf dem Warenmarkt:

Ich bestreite keineswegs, daß zu gewissen Zeiten, in einzelnen Fällen, bestimmten Unternehmern gegenüber die energischeren Kampfmittel der Arbeiter zu Erfolgen führen können. Diesen Fällen stehen aber solche gegenüber, in denen die Unternehmer bloß aus taktischen Gründen die Löhne durch ihre Verbände herabdrücken. Ich bin daher der Ueberzeugung, daß im großen Ganzen und im Durchschnitt die Löhne heute nicht höher stehen, als sie auch ohne alle Arbeitskämpfe der letzten 40 Jahre stehen würden.

Die Arbeiter haben ja schon sehr oft die Probe auf dieses Exempel gemacht und machen es auch jetzt noch zu oft. Fast in jedem Gewerbe finden wir auch heute noch neben den Orten mit einer verhältnismäßig großen Zahl Gewerkschaftsmitglieder und einem großen Einfluß der Gewerkschaften leider so manchen Ort, in dem die große Masse der Arbeiter noch immer ihrer Gewerkschaft fernsteht und daher die Gewerkschaft ohne Bedeutung ist. Stets sind — wenn nicht

ganz außergewöhnliche Umstände vorliegen — die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den letzten Orten für die Arbeiter viel ungünstiger als in den Orten mit einer starken gewerkschaftlichen Bewegung.

Diese Unterschiede sind nicht etwa vorübergehend, sondern dauernd, solange bis auch in den noch zurückgebliebenen Orten die Arbeiter aufgeklärt und für ihre Gewerkschaften gewonnen sind. Daher sind kämpfende Gewerkschaften und Streiks unter den gegenwärtigen Umständen ein unentbehrliches Mittel für die Arbeiter, sich möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Die gelben Gewerkschaften versagen hier vollständig.

Hiermit ist auch die zweite Frage erledigt, die Professor Dr. Voigt in seinem Glaubensbekenntnis aufgeworfen hat:

Sind die gelben Gewerkschaften als selbständige Organisationen der Arbeiter, als wirkliche Vertreter von Arbeiterinteressen anzusehen?

Die erste Aufgabe der Arbeiterverbände ist die, möglichst günstige Arbeits- und Lebensbedingungen den Arbeitern zu sichern. Denn dies bildet die Voraussetzung für eine um so bessere körperliche, geistige und sittliche Entwicklung der Arbeiterschaft. Die gelben Gewerkschaften, die den Arbeitern den wirtschaftlichen Kampf nicht erleichtern, sondern erschweren, stehen nicht im Dienste der Arbeiterschaft und können daher unmöglich als selbständige Organisationen der Arbeiter, als wirkliche Vertreter von Arbeiterinteressen angesehen werden. Das ist so selbstverständlich, daß sich jede weitere Auseinandersetzung darüber erübrigt.

Was den Ausführungen des Professors Dr. Voigt einen wissenschaftlichen Anstrich gibt, ist einzig und allein die von uns am wenigsten bestrittene Tatsache, daß auch für die gewerkschaftlichen Erfolge gewisse Grenzen gezogen sind, daß die Gewerkschaften nur möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpfen können. Solange die kapitalistische Ausbeutungswirtschaft herrscht, ziehen die Unternehmer ihren Profit aus der Arbeit der Arbeiter und die Arbeiter können unter keinen Umständen den vollen Nutzen ihrer Arbeit genießen. Dies ist ja der Grund dafür, daß sich die Arbeiter nicht allein auf den gewerkschaftlichen Kampf beschränken können, sondern sich zugleich an dem politischen Kampf beteiligen, ihre Klassenangelegenheiten von der Ungerechtigkeit und Unhaltbarkeit der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft überhaupt überzeugen und sie für den Kampf zur Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft gewinnen müssen.

### Politische Uebersicht.

#### Polizeiangst im liberalen Musterlande.

Der Protestversammlung gegen das Frankfurter Urteil, welche am 7. März in Freiburg i. B. stattfand und in der Genossin Rosa Luxemburg referierte, ist folgender Briefwechsel zwischen der Freiburger Polizeibehörde und dem badischen Ministerium des Innern vorausgegangen, welchen der bekannte günstige Wind der „Freiburger Volkswehr“ auf den Tisch geweht hat:

Schreiben des Großherzogl. Bezirksamts in Freiburg.

An den Großh. Minister des Innern: Wir beabsichtigen, im Hinblick auf die Person der Rednerin die Versammlung überwachend zu lassen, würden es aber auch für zweckmäßig halten, die Rede stenographisch aufnehmen zu lassen. Da unserer Ansicht nach nur ein ganz gewandter Stenograph verwendet werden sollte, ein solcher uns aber unter unseren Beamten nicht zur Verfügung steht, so bitten wir geziemend um die Erlaubnis, einen Stenographen für die erwähnte Versammlung bestellen zu dürfen.

Schreiben des Großh. Bad. Ministeriums des Innern vom 4. März.

An das Großh. Bezirksamt in Freiburg: Die beantragte Ermächtigung wird erteilt. Die Kostenrechnung ist zur Zahlungsanweisung hierher vorzuliegen. gez.: Bodman.

Die engagierten Privat-Stenographen verlangten pro Stunde den Satz von 20 M., der ihnen auch bezahlt wurde. Aber die Fürsorge der Polizei ging noch weiter, wie der Bericht des Leiters der Freiburger Polizei beneidet:

Bericht des Bezirksamtsamanns Frhr. v. Dufsch:

Uniformierte Polizeibeamte wurden in den Saal nicht mitgenommen, dagegen zwei Fahndler in Zivil, von denen der eine im Saal nahe dem Ausgang zur Wirtschaft saß. Dieser hatte die Aufgabe, nötigenfalls durch das Wirtschaftstelephon die Wache zu avertieren. Der zweite Fahnder saß hinten im Saal am Haupteingang, er sollte, wenn die Versammlung einer etwaigen Auflösungsanordnung nicht Folge leistet, den Chargierten und Schutzmännern (in Uniform), die vor der Hauptthüre standen, avertieren, damit diese sich sofort durch den Seiteneingang (Hausmeisterwohnung) zur Verfügung des Polizeirepäsentanten begeben.

Sodann sollte der Fahnder auf seinem Rad, das er draußen vor der Stadthalle stehen hatte, nach der Hauptwache fahren, um diese zu avertieren, für den Fall, daß die Benachrichtigung durch das Telephon nicht funktioniert. Auf der Hauptwache waren 20 Mann unter dem ersten Polizeikommissar versammelt.

Es war also alles vorbereitet, damit das liberale Musterlande nicht von der Revolution überrascht wurde. Aber ganz umsonst war diese Fürsorge nicht, denn der Prozeß, der am 29. Juli in Berlin verhandelt wird, stützt sich auf die Rede, die Genossin Luxemburg in Freiburg gehalten hat.

#### Das Leben für den Zaren.

Der König Friedrich August von Sachsen hat dem russischen Kaiser einen Besuch abgestattet. Dieses Ereignis ist für die internationale Politik natürlich ohne jede Bedeutung. Aber deshalb können wir doch nicht ganz gleichgültig an der Art und Weise vorübergehen, in der ein deutscher Fürst seiner Genugtuung über seinen Empfang bei Nikolaus II. Ausdruck gibt. Während der Zar sich auf einige kurze und kühlte Worte der Begrüßung beschränkt, ertönt sein Gast geradezu in Demut vor dem Beherrschter Rußlands:

Majestät! Die überaus gnädigen Worte, welche Euerer Majestät an mich zu richten die große Güte hatten, haben mich tief bewegt. Ich beileide mich, Euerer Majestät und Ihre Majestät die Kaiserin zu bitten, den Ausdruck meiner tief empfundenen Dankbarkeit für den unvergeßlichen Empfang entgegenzunehmen, den Euerer Majestät mir zu bereiten geruht haben. . . .

Ich bitte Euerer Majestät, meinen innigsten Dank für die hohe Auszeichnung entgegenzunehmen, mit der mich Euerer Majestät zu beehren geruht haben. Als Mitglied der Armee Euerer Majestät erwarte ich mit Ungeduld den morgigen Tag, wo ich das Vergnügen haben werde, die berühmten Gardes Euerer Majestät in Parade zu bewundern. Und ich bin ganz besonders dankbar dafür, daß mir Euerer Majestät dieses großartige Schauspiel gütig vor Augen führen wollen. Aufrichtige Genugtuung empfinde ich darüber, daß Euerer Majestät die Ernennung zum Chef meines zweiten Artillerieregiments Nr. 28 anzunehmen geruht haben. Ich zweifle nicht, daß dieses Regiment sich stets seines erlauchten Chefs würdig zeigen wird.

Wenn ein sozialdemokratischer Abgeordneter seinen Gefühlen für das französische Volk, soweit es den Frieden will und die Verständigung sucht, durch den Ruf „Vive la France“ Ausdruck gibt, so zetern unsere Patrioten über diese unwürdige Anbiederung an das Ausland. Wenn aber ein deutscher Bundesfürst an den russischen Zaren Worte richtet, die von Anbetung wahrhaftig nicht mehr weit entfernt sind, so ist das völlig in der Ordnung.

### Der Erpresserparagraph.

Vor einigen Jahren ereigte es beträchtliches Aufsehen, als ein homosexueller Erpresser einem Weisauer Landgerichtsrat so lange mit immer höheren Geldforderungen zusetzte, bis der Bedrohte seinen Ausweg mehr wußte und sich eine Angel durch den Kopf schoß. Der Erpresser wurde damals dingfest gemacht und zu harter Gefängnisstrafe verurteilt, aber kaum aus der Zelle entlassen, nahm er seine gemeingefährliche Praxis wieder auf mit dem Erfolg, daß er jetzt vom Landgericht Dresden zwei Jahre Zuchthaus und acht Jahre Ehrverlust zudiktiert bekam. Die acht Jahre Ehrverlust werden diesen Weltknaben wenig kümmern, und wenn er seine zwei Jahre bei „Kumfuß“ und „blauen Heinrich“ heruntergeriffen hat, wird er wieder von neuem auf den homosexuellen Teil der Menschheit losgelassen. Frech lächelnd, denn ans Leben geht es ihm nicht, wird dieser Vursche dann wieder im Mittelpunkt neuer tragischer Konflikte stehen, ist doch jede Verhandlung gegen einen Erpresser auf homosexueller Grundlage nur der Abschluß einer unter tausend Seelenqualen durchgeführten Tragödie. So gar ein Igl. preussischer Kriminalkommissar, Dr. Kopp, hat vor einiger Zeit darauf hingewiesen, als er in einem Vortrag über das Erpressertum ausführte:

Es gibt keinen Emanzipationskampf, der solche Schwierigkeiten hat, wie der Emanzipationskampf der Homosexuellen. Wenn irgend eine Menschenklasse einen Befreiungskampf führt, wird sie von dem Gros der Bevölkerung unterstützt; aber dem Befreiungskampf der Homosexuellen stehen wir alle fern, weil wir das Ziel dieses Kampfes nicht begreifen können. Die Kenntnis der Homosexualität ist in letzter Zeit in weite Kreise gedrungen, und damit haben auch die Erpressergeschäfte auf diesem Gebiete enormen Aufschwung genommen. Sie wissen nicht, welche Summe von Menschenheit und Menschenqual in solchen Erpressungen steckt. Die gerichtliche Verhandlung ist immer erst der Abschluß; dann folgt der Erpresser hinter Schloß und Riegel, und das Opfer atmet erleichtert auf. Aber was vorangegangen ist, bis der Erpreßte die Energie hatte, Anzeige zu erstatten, ist nicht zu beschreiben.

Und in zahllosen Fällen, in denen diese Energie nicht aufgebracht wird, ist eben nicht die Gerichtsverhandlung, sondern eine Revolverkugel der traurige Abschluß.

Nun stimmt es gewiß, daß der Emanzipationskampf der Homosexuellen allerorten auf gewaltige Widerstände stößt. In sich ist es ja begreiflich, daß dem normal Empfindenden ein Triebleben, das sich als Sühneziel eine Person des gleichen Geschlechts ansucht, immer fremd, ja mehr noch widerlich und abstoßend sein wird, zumal wenn er lediglich das Gefühl sprechen läßt und nicht auch den Verstand zu Rate zieht. Dann haben gewisse Homosexuelle ihrer Sache geschadet, indem sie sich nicht darauf beschränkten, gegen eine milliarde Rechnung Front zu machen, sondern geradezu für die gleichgeschlechtliche Liebe eine schellenlaute Reklame entfalteten.

Wenn man diesen übereifrigen Herrschaften glauben wollte, waren alle großen Männer der Weltgeschichte bis auf diesen Tag eingetragene Urninge, alles, was die Menschheit je an Großem und Schönem hervorgebracht, entfiel der Quelle des Verderbens, und wir gewöhnlichen Sterblichen, die wir mit dem Dichtermot das Glück der Erde in den Armen eines Weibes finden, ständen im Licht dieser Anschauung als bejammerenswerter Stiefkinder der Natur da. Insofern das Treiben in der Potsdamer Adlervilla und der Fleischmarkt der Garde zu Corps vor einigen Jahren alles andere als erfreuliche Zeiterscheinungen waren, hat natürlich auch die Eulenburg-Angelegenheit mit ihrem Drum und Dran geholfen, gegen die Homosexuellen Stimmung zu machen. In diesem Zusammenhang ist wohl gerade jetzt, da die Justiz gegen sozialdemokratische Sünder mit so viel Schneid und Verbe vorgeht, auch die teilnehmende Frage erlaubt: Wie befinden sich Durchlaucht auf Liebenberg? Fühlen sich Durchlaucht bei Selt und Kadiar wohl? Gehen Durchlaucht fleißig spazieren? Und was macht überhaupt der Weineidprozess?

eines Strafgesetzbuchparagraphen, der die Voraussetzung für ein läppig wucherndes Erpressertum schafft. Auch in Arbeiterkreisen stößt man vielfach noch auf das ungeredete Borurteil gegen die Unglücklichen.

Aber sicherlich leiden die Homosexuellen sehr zu Unrecht unter der gesellschaftlichen Mißachtung und gittern unter dem Damoklesschwert, denen es eine mißgünstige Laune der Natur verlagert hat, vor den Reizen eines wohlgestalteten Weibes in Brand und Entzündung zu geraten. Als in den Tagen der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins Jean Baptiste v. Schweiger in Mannheim auf Grund einer von ihm stets bestrittenen Handlung verurteilt wurde, die ins Gebiet der Homosexualität hineintrief, wandten sich die Arbeiter seiner Heimatstadt Frankfurt mit entschlossenem Mut von ihm ab, und es war vergeblich, daß Passalle an den Frankfurter Bevollmächtigten schrieb: „Auf einer wie unnatürlichen Verirrung auch das Dr. v. Schweiger er imputierte Vergehen beruht, so gehört es doch offenbar zu jenen, die mit dem Charakter, worunter ich eben die sittliche Ueberzeugungstreue und Redlichkeit eines Menschen verstehe, die noch dazu — worauf es hier allein ankommt — mit seinem politischen Charakter nicht das geringste zu tun haben. Um sich hiervon zu durchbringen, brauche ich Sie nur an das eine zu erinnern, daß bei den Griechen — so wenig auch wir diese widernatürliche Gesamaderverrichtung begreifen — die Dr. v. Schweiger vorgeworfene Anabenliebe allgemein herrschender Gebrauch war, beim Staatsmann, beim Denker, denen sie nicht zur Last fiel! Das griechische Altertum nahm nicht den geringsten Anstoß daran, und was Sittlichkeit sei, denke ich, wußten die großen griechischen Denker, wußte das griechische Volk doch auch. Und auf Grund einer derartigen Sexualverirrung soll man einem Menschen entgegenreten und ihn von sich stoßen, der solche Verdienste bereits um unsere Sache sich erworben hat wie Schweiger? . . . Es ist dies ein schlagender und tief verdrießlicher Beweis, wie tief der Deutsche noch in der Philister-

nachtmähe steckt und wie wenig er das Politische von dem Privaten zu unterscheiden weiß.“ Damals war das Gebiet des Geschlechtslebens noch ein unerforschtes Teil, Sexualprobleme kannte man nicht, eine Sexualwissenschaft kannte man nicht, während heute Gelehrte von Ruf und besondere Vereine an der Aufhellung der dunklen Partien unseres Trieblebens arbeiten. Der Freiheitsdrang, den der große Emanzipationskampf der arbeitenden Klasse in der Brust der Unterdrückten entzündete, sprangte in den Massen die Vorurteile in Geschlechtsdingen zum allergrößten Teil, oder wie sich bei Gründung der Internationalen Gesellschaft für Sexualforschung im November vorigen Jahres der Geheimregierungsrat Professor Dr. Julius Wolf ausdrückte: „Das Streben nach sozialer Freiheit hat dazu mitgewirkt, daß auch die großen Massen sich mit dem sexuellen Problem zu beschäftigen anfingen.“

Aber mögen immer noch hier und da in minder aufgeklärten Arbeiterkreisen Vorurteile gegen die Homosexualität und die Homosexuellen festhalten, der Sozialdemokratie ist ihre Stellung zum § 175 klar vorgezeichnet. Die Verfolgung der gleichgeschlechtlichen Liebe entkeimte zweifellos der Anschauung einer Zeit, da der Staat in der planmäßigen Züchtung von Soldaten und Steuerzahlern seinen Lebenszweck sah, denn wer mit Plänen von sich sagen muß: Ich bin wie Weis dem Manne! hilft weder neue Rekruten noch neue Steuerpflichtige in die Welt setzen. Zugleich aber sieht diese Verfolgung aus der Allmacht des absoluten Bureaufrentenstandes, die den gehorsamen Staatsbürger von der Wiege bis zur Bahre bewundend geleitet und sogar auf sein Tun und Treiben unter der Bettdecke ein wachsameres Auge hat. Es ist derselbe Geist der Unfreiheit, der in all unserer Reaktion zu Hause ist, wie überhaupt auf dem Sumpfboden der allgemeinen politischen Reaktion die Nachschattengewächse der geschlechtlichen Neuschelie und Pruderie gedeihen. Und diese Reaktion denkt auch nicht daran, den Erpresserparagraphen 175 abzuschaffen, sondern ganz im Gegenteil! Der neue Strafgesetzbuch sieht seine Ausdehnung auch auf die gleichgeschlechtliche Liebe unter Frauen vor, die bisher frolos war. Das bedeutet lediglich die Züchtung einer neuen Art von Erpressern!

Zu der staatsbürgerlichen Freiheit, die die Sozialdemokratie erkämpft, gehört auch die Freiheit in Geschlechtsdingen, soweit niemandem, besonders Minderjährigen, damit ein Schaden geschieht, und deshalb ist die Aufhebung des Erpresserparagraphen auch eine wichtige politische Forderung. De gustibus non est disputandum! Ueber den Geschmack läßt sich nicht streiten! sagte der alte Fritz, als er einen Bauernknecht begnadigte, der wegen Sodomiterei, begangen an einer Ziege, zum Tode verurteilt war. Ueber den Geschmack läßt sich nicht streiten, und am allerwenigsten soll der Strafrichter in reinen Geschmacksachen sein Urteil zu sprechen haben. Darum fort mit dem § 175!

Wenn er fällt, werden Zehntausende, werden Hunderttausende harmloser Menschen wie von einem Ayl erlöst aufatmen, und darum ist der Kampf gegen ihn auch ein Stück sozialer Befreiungskampf. Karl Ludwig.

## Fische und Komödianten.

### Die Presse vermeldet:

Dr. Krupp v. Bohlen-Halbach besuchte gestern, wie ein Telegramm aus London meldet, die großen Stahlwerke von Sheffield. Bei dem Besuch der Werke der Firma Hadfields hielt Sir Robert Hadfields, dessen Gast Dr. Krupp v. Bohlen-Halbach während seines Aufenthalts in Sheffield ist, eine Ansprache. Es wäre, so führte er aus, eine große Genugtuung für beide Länder, zu wissen, welche ausgezeichneten Beziehungen zwischen England und Deutschland beständen. Er hätte nie einsehen können, weshalb die beiden großen Nationen Feinde sein sollten. Sie wären nicht nur dazu bestimmt, Bekannte zu sein, sondern Freunde im besten Sinne des Wortes. Deutschland sei der beste Kunde Englands, und Handelsverträge sei für alle gut. Herr Krupp v. Bohlen-Halbach schloß sich in seiner Antwort Hadfields' Hoffnung an, daß beide Länder stets als Freunde nebeneinander stehen würden.

Die Panzerplattenpatrioten als Friedensherolde, als Propagandisten der Verständigung zwischen Deutschland und England wenigstens — kann es ein entzückendes Bild geben! Tönende diplomatische Redensarten tauschen sie aus wie leibhaftige Potentaten. Doch meinen sie im Grunde etwas ganz Ernstes und Wirkliches: Verständigung zwar nicht zwischen den beiden Völkern, dem englischen und dem deutschen — die kann die Rüstungsindustrie nicht vertragen, nach ihrem Wahrspruch: „Friede verkehrt, Unfriede ernährt!“ — wohl aber Verständigung zwischen der Rüstungsindustrie beider Länder, deren Annäherung und Verbindung seit langem wohl vorbereitet ist. Daß aber für die Internationale des Rüstungskapitals mit solchen breiten Gesichtswinkel Friedensphrasen geworden würde, überbietet die Komödiantenreiche selbst Keine der Verschlagenen, der sich bekanntlich noch vom Hensersgerüst heruntergammelte. Und auch die beiden Fische des modernen Kapitalismus finden bei ihrer Komödie den Beifall, wenn auch nicht eines Vorsetzels von Königen, so doch immerhin der deutschen liberalen Presse.

### Wieder eine Soldatentragödie.

Wieder hat sich ein Vorfall, ein Soldatenselbstmord ereignet, der der ernstesten und gründlichsten Untersuchung bedarf. Der Arbeiter Friedrich Weber in Schwerte (Kreisörde) hatte einen Sohn, der im 3. Bataillon des 3. ober-sächsischen Infanterieregiments 172 in Neubreisach diente. Zu Pfingsten war der junge Mann noch acht Tage bei seinen Eltern auf Urlaub gewesen. Vor einigen Tagen erhielt nun die Familie ein Telegramm, daß der junge Mann plötzlich gestorben sei. Nach weiteren Informationen hieß es, er sei auf Posten erschossen worden. Inzwischen ist aber bei den Eltern folgendes Schreiben eingegangen:

3. ober-sächsisches Inf.-Reg. Nr. 172  
III. Bataillon, J.-Nr. 1109  
Herrn Friedrich Weber,  
Schwerte, Kreisörde,  
Kleistmannstr. 5.

Unter Bezugnahme auf das Telegramm von heute morgen teilt Ihnen das Bataillon mit, daß sich ihr Sohn, der Musikant Weber 12/172 heute nacht als Posten am Bontonschuppen — Wache Fort Rortier — erschossen hat. Der Grund zu der Tat ist hier nicht bekannt. Eine gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

J. A. D. S. A.  
Neubreisach, Major.

Also Selbstmord! Aber was mag den jungen Mann in den Tod getrieben haben? Hoffentlich wird das reslos Klargestellt. Ein Brief, den der Soldat kurz nach seinem Urlaub an seine Eltern richtete, ist vielleicht für die Aufklärung nicht ganz belanglos. In diesem Brief heißt es nämlich u. a.:

„Von unserer Stube ist einer ausgerückt, der hatte vom 21. Mai bis 3. Juni (Urlaub), ist aber noch nicht hier. Gestern hat er seinen Anzug gesandt. Von der 10. Kompanie sind zwei weg, ein Gefreiter und ein Reservist. Darum gibt es hier aber noch mehr schlief (soll wohl heißen schlief). Am d. (d. d.). Der von unserer Stube ist in Drüsel, den werden sie wohl nicht mehr bekommen.“

Es wäre nur festzustellen, ob die Leute, wie in dem Briefe mitgeteilt, wirklich ausgerückt sind. Sollte es sich be-  
wahrscheinlich, dann wäre die Tatsache doch sehr bedenklich, und es wäre nachzuforschen, wo die Gründe dafür liegen und ob vielleicht dieselben Gründe Fritz Weber veranlaßten, sich selbst den Tod zu geben.

### Die Sozialdemokratie in Baden.

Der Parteitag der badischen Sozialdemokratie wurde am Sonnabend und Sonntag in Freiburg abgehalten. Dem Parteivorstand war Genosse Flaankuch erschienen; auch die benachbarten Landesorganisationen hatten Vertretungen entsandt. Dem Geschäftsbericht erstattete der Vorsitzende des Landesvorstandes, Genosse Geiß. Er behandelte ausführlich die verschiedenen Landtagsarbeiten, bei welchen die Wähler die Lehren der Reichstagsreform leider vergessen hätten. Das Zentrum hätte mit der Hinein-  
ziehung der Religion seine Wahlgeschäfte gemacht. Der Großblod könne für den Ausfall der Wahl nicht verantwortlich gemacht werden. (?) Man vergleiche nur die Wahlsitzungen von 1905 und 1913, dann sei der Stimmenverlust kein so großer. — Geiß teilte dann noch mit, daß die Bezirkssekretariate in Mittel- und Unterbaden im Reichssekretariat für die Wahlkreise Forstheim und Heidelberg umgewandelt worden seien. Vom 1. Juli ab werde auch in Karlsruhe ein badisches Partei-Korrespondenzbureau errichtet werden.

Weins Raffenerbericht empfahl Genosse Dahn die Bildung von Kampffonds, der die Aufgaben für die Wahlen ständig stetig. Die Herausgabe von Wochenblättern abzulehnen, beantragte im Namen des Landesvorstandes der Geschäftsführer der Mannheimer „Kollstimm“, Genosse Linz. Die badische Partei könne die dazu notwendigen Zuschüsse nicht aufbringen.

Ueber die Frauenbewegung berichtete Genossin Blase. Jetzt seien 2000 Frauen in Baden politisch organisiert; 1912 waren es erst 500.

Die Debatte über den Geschäftsbericht des Landesvorstandes und über die Presse füllte den ganzen Nachmittag des ersten Verhandlungstages aus. Der Parteitag stimmte schließlich der Umwandlung der Bezirks- in Kreissekretariate zu. Beschlossen wurde auch, nach Bedarf Frauenkonferenzen abzuhalten. Die Herausgabe von Wochenblättern lehnte der Parteitag ab. Damit waren die Arbeiten des ersten Tages beendet.

## Aus Groß-Berlin.

### Der Arbeiterjugend Sonnenwendfeier.

Vom herrlichsten Wetter begünstigt, vollzog sich in der Nacht vom 20. zum 21. zum die Sonnenwendfeier der Arbeiterjugend Groß-Berlins. „Solch ein Gewimmel möchte ich sehen“, konnte man mit Goethe sagen, als die Scharen jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen am Sonnabend um

die siebente und achte Stunde zu vielen Tausenden dem Görlicher Bahnhof zuströmten. Besonders der Osten und Norden Berlins schien ein unerlöschliches Feuerbeil zu sein, aus dem in langen Bügen die jugendlichen Deutschen herbeieilten. Das gab ein Gedränge und Gewirre, ein frohes Aufleuchten der Gesichter, ein Lachen und Schwagen, daß jeder Erwachsene, dem die Gabe, mit der Jugend zu fühlen, noch nicht verloren gegangen ist, selbst noch einmal jung wurde. Und fest und adrett kamen sie alle an, die meisten in zweidienlicher Ausrüstung, mit Rucksack und Wanderstock, nicht zu vergessen Kochtopf und Supfgeige, die in inniger Gemeinschaft der Aufgabe harrieten, Magen und Gemüt zu befriedigen. Doch nicht nur die Görlicher Bahn war berufen, die Jugendlichen zu befördern, vielmehr kamen ungezählte Scharen auch mit der Stadtbahn, ein Teil fuhr per Schiff und nicht wenige vertrauten sich den flinken Pedaleen an, um dem gemeinsamen Ziele, den Götener Bergen am Seddinersee, zuzustreben.

Blau leuchtete der Himmel, und glührot verjauch im Westen die Sonne. So konnte die Wanderung in ungetriebener Stimmung vor sich gehen. Die Dämmerung sank mit weichen Zitlichen herab und hüllte Wald und Feld in tiefe Schatten, Sterne flimmerten am Firmament, der Mond bildete nur eine schmale Sichel. Schön und freundlich leuchteten die Papierlaternen, die schwanke durch das Dunkel der Nacht glitten und einen farbenprächtigen Anblick boten. Jetzt legen ein paar Stimmen zum fröhlichen Marschlied ein, die anderen folgen, Mandoline und Laute geben die Begleitung, und mit brandenden Klängen werden die Götener Berge erklingen. Weit und fern liegt die nächtliche Welt vor uns. Wie Brillanten in schwarzem Samt funkeln die Sterne am dunklen Himmel. Vom schweigenden Wald umkränzt, kränkeln sich tief unten die Wellen des Seddinersees. Die Leuchtscheinlanzen zerklüffern gleich durcheinander. Das Gewimmel von viel-tausend Gestalten, das Summen von ebenso vielen Stimmen erweckt einen eigenartigen Eindruck. Hier und da flackert schon ein kleines Feuer auf. Die Silhouette der Schillerwarte wächst riesengroß aus dem Dunkel empor.

Immer mehr Menschen kommen, es will kein Ende nehmen. In der zwölften Stunde wird ein Kreis um den massigen Holzstöß gebildet. Gleich darauf züngelt und leckt ein Flämmchen im dünnen Reifge empör. Erst schwach und zaghaft, dann wilder, gieriger und jetzt steht der Scheiterhaufen in seiner vollen Größe in Brand. Anodend und flüsternd bohrt sich das Feuer in das aufgeschichtete Holz. Richtig Feuerzungen schlagen zum nächtlichen Himmel hinauf und verklären auf Meilen hinaus den Beginn der Sonnenwende. Ringsherum ein dichter Kranz von Menschen in Erwartung. Den Festakt leitet ein Prolog von Ludwig Lesken ein, den ein junger Künstler, Fuhrmann, mit padender Kraft und Wärme zum Vortrag brachte.

Dann sang der Männerchor „Empor zum Licht!“ und, von der Stille der Nacht getragen, schwebte der prächtige Gesang ins Tal hinab. Noch in zwei weiteren Rezitationen, „Die Alten an die Jungen“, von Peterhoff und „Der Seidelnabe“ von Heibel, erreichte uns Fuhrmann durch sein schönes Können, worauf der Männerchor das Lied: „Eine Wähle liegt im Tal“ von Müde sang. Dann nahm Dr. Brei-  
scheid das Wort zu einer kurzen, eindrucksvollen Ansprache.

Dann war die eigentliche Feier beendet und nun entwickelte sich auf dem vom riesigen Feuerchein überglühenden Blase ein ebenso fröhliches wie malerisches Treiben. Unter den mitgebrachten Mundvorräten wurde fürsterliche Rüstung gehalten, in Kochgeschirren wurde abgekocht, viele schlugen Zelte auf, während andere beim Klänge der Instru-  
mente ein lustiges Länzchen wagten. Ab und zu stiegen Leuchtkörper in die Luft und zerbarsten in tausend Funken, der Ausschichtsturm wurde bengalisch beleuchtet und noch lange dauerte es, ehe man sich auf warmen Decken zum Schlaf unter freiem Himmel niederließ. Einmal glühte der Feuerstöß, bis im Osten der Himmel sich rötete und ein größeres, gemaltigeres Feuer vom unerhörten Pracht die vollzogene Sonnenwende verkündete.

In derselben Nacht hatte auch die Ortsgruppe Berlin vom Deutschen Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“ eine Feier am Teupitzsee veranstaltet, gleichfalls mehrere Tausend Teilnehmer um sich versammelnd. Hier würdige Genosse Ernst Däumig in einer Ansprache das uralte Fest der Sonnenwende. Neben sonstigen musikalischen Darbietungen verschönte der Berliner Männerchor durch seine Gesangsvorträge die Feier.

### Der Hausfreund als Einbrecher.

In einem Pensionat in der Konigsstraße verkehrte seit Monaten ein 20 Jahre alter Kinoshauspieler Karl Bogler, der dort mit einer Rentnerin, Witwe B., und deren Tochter, einer jungen Schauspielerin, befreundet war. Als häufiger Gast war er auch den übrigen Pensionatsbewohnern gut bekannt. Vorgehen nachmittags wurde Frau B. durch den Fernsprecher zu einer Freundin gerufen, die sie zu einem Spaziergang abholen sollte. Die Frau B. wachte nun nichts, als sie kam, und man glaubte, daß sich jemand einen Scherz gemacht habe. Unterdessen hatte jemand, wieder durch den Fernsprecher, in dem Pensionat angefragt, ob Frau B. noch da sei, und die Antwort erhielt, sie sei schon weggegangen. Eine halbe Stunde später kam Bogler und verweilte längere Zeit. Frau B., die erst spät am Abend wieder heimkehrte, wunderte sich, daß er sich am anderen Tage nicht mehr sehen ließ. Da entdeckte sie, daß aus dem Koffer ihre Schmuckstücke im Werte von 1500 M. und 200 M. bares Geld verschwunden waren. Ihre Vermutung, daß Bogler sie durch das Ferngespräch weglockt und den Diebstahl verübt hatte, bestätigte sich bald. Bogler hatte in seinem Junggesellenzimmer in der Schönerlinstraße 2 nach spät abends seine Koffer gepackt und war morgens in aller Frühe mit dem Fernverkehr, daß er eine größere Reise zu machen habe, abgefahren. Seitdem ist er verschwunden.

### Ein gestörter Sonntagsausflug.

Auf dem Potsdamer Bahnhof versammelte sich gestern vor-mittag eine größere Gesellschaft, darunter auch ein Herr mit seiner Familie, zu einem Ausflug nach Berder. Während man nach der Vergrüßung in der Vorhalle plaudernd besaßen stand, verpörrte der Herr plötzlich einen leisen Stoß gegen seinen Körper, dachte sich aber nichts dabei. Als er aber bald darauf die Fahrkarten kaufen wollte, entdeckte er, daß ihm das Portemonnaie aus der Ge-  
tasche verschwunden war. Sehr war ihm klar, was der Stoß bedeutet hatte. Nun erinnerte sich auch einer der Anwesenden, daß sich in der Gruppe ein Mann befunden hatte, der ihm früher nicht zu Gesicht gekommen war. Auch andere hatten den Fremden gesehen, jedoch geglaubt, daß einer der Teilnehmer am Ausflug ihn vielleicht eingeladen und mitgebracht hatte. Der Mann war spurlos verschwunden. Der Bestohlene und ein Freund suchten den Bahnhof nach ihm ab, entdeckten ihn im Waggonraum und übergaben ihn der Polizei, obwohl er sich bestig schäudte und den Diebstahl mit großer Entschiedenheit bestritt. Auf der Wache entpuppte sich der Verdächtige als ein Mann namens Georgescu aus Bukarest, ein internationaler Taschendieb, der schon oft bestraft ist. Das Portemonnaie fand man nicht mehr bei ihm.

### Aus dem Fenster des vierten Stock gefallen.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich Sonntag nach-mittag in der Kdoifstr. 1. Dort wohnt im vierten Stockwerk der Mouree Aufseher mit seiner Familie. Gestern nachmittag stürzte der siebenjährige Sohn Waldemar auf die Fensterbrüstung, um nach seiner Schwester zu sehen. Dabei verlor der Knabe das Gleichgewicht und stürzte kopfüber in die Tiefe. In schwerer-  
lestem Zustande wurde das Kind nach dem Städtischen Krankenhaus gebracht, wo es hoffnungslos darniederliegt.

Nicht Tage tot in der Wohnung gelegen hat der 68 Jahre alte Regierungsmeister Gustav Köhn, der von seiner Pension lebte und als Junggeselle für sich allein in der Anklamer Straße 24 hauste. Da er mit den Hausgenossen nur wenig verkehrte, fiel es zunächst nicht auf, daß er nicht mehr zum Vorschein kam, nachdem man ihn zuletzt am vergangenen Dienstag gesehen hatte. Am Freitag wurde man durch einen üblen Geruch auf das Zimmer des alten Junggefallen aufmerksam. Man glaubte aber zunächst, daß der Geruch von einer Verunreinigung des Abflusses herrühre. Am Sonnabend benachrichtigte der Wirt die Revierpolizei, und als man nun die von innen verschlossene Tür durch einen Schloffer öffnen ließ, fand man Köhn erstickt tot im Bett liegen. Die Leiche war schon stark in Verwesung übergegangen. Wahrscheinlich ist der betagte Mann einem Herzschlag erlegen. Die Leiche wurde zur Feststellung der Todesursache beschlagnahmt.

### Vom Blitz erschlagen.

Ein trauriger Vorgang hat sich am Sonnabend gegen Abend bei Beckow zugetragen. Der 50 jährige Getreidehändler August Lehmann aus Beckow hatte in der Nähe des Lokomotivschuppens der Kleinbahn Heu gemacht, als er von einem Gewitter überfallen wurde. Er wollte schleunigst nach der Stadt zurück, doch traf ihn plötzlich ein Blitzstrahl und würgte ihn auf der Stelle.

### Vermisster Schüler.

Seit dem 15. Juni wird der 13 Jahre alte Schüler Otto Bierik, dessen Mutter hier, Schumannstraße 9, wohnt, vermisst. Er hat am genannten Tage gegen 8 Uhr vormittags wie immer die elterliche Wohnung mit Schulmappe verlassen, um zur 28. Gemeindeschule zu gehen. Diese hat er aber nicht aufgesucht, sondern ist seit dieser Zeit verschwunden. In letzterer Zeit zeigte er ein gedrücktes Wesen und hat auch wiederholt Selbstmordgedanken geäußert, welche aber von der Mutter nicht ernst genommen wurden. Er ist 1,55 Meter groß, kräftig, hat schwarze Haare, zwei Kopffrisen und einige graue Haare, dunkle Augen, vollständige Zähne und aufrechten Gang. Er trug blaues Jackett, graue Hose, gelbliches Reithemd, schwarze Strümpfe, mit W. G. gezeichnete schwarze Schuhschäfte und blaue Schirmmütze. Nachrichten erbittet die Kriminalpolizei, Postzei-  
tungsredaktion, Zimmer 34/31; auch nimmt jedes Polizeibüro Mitteilungen entgegen.

## Aus aller Welt.

### Das Grubenunglück auf Sillereestmien.

Wie aus London gemeldet wird, ist dieses Unglück das größte in der Geschichte Kanadas. Der Gesamtverlust an Menschenleben beträgt 197. Die Explosion fand in einer Tiefe von 1200 Fuß statt. Von den unter Tage gemessenen Bergleuten sind nur 40 und von diesen nur 27 unverletzt gerettet worden. Sofort nach Eintreffen der Nachricht von dem Unglück in Calgary wurden Hilfszüge abgeordnet. Lange Zeit konnten die Freiwilligen nicht zum Rettungswerk ein-schleichen, da aus dem Schacht dicke Rauchwolken quollen und Flammen emporloderten.

### Freisprechung im Elberfelder Mordprozess.

In dem Mordprozess gegen Brunhilde Wilden und Dr. Kollen verurteilten die Geschworenen sämtliche Schuldigen. Beide Angeklagten wurden darauf freigesprochen.

### Krieg im Frieden.

Eine Abteilung des in Mainz in Garnison liegenden Feld-artillerieregiments Nr. 83 war zur Übung nach Ginzheim kommandiert worden. Dort überführten sie eine Brücke, die die Pioniere geschlagen hatten. Die Brücke hielt jedoch nicht stand, Mannschaften, Pferde und Geschütze stürzten in den Fluß. Bei diesem Krieg im Frieden ist der zwanzigjährige Kanonier Rint vom Westerwald, der einzige Sohn einer Witwe, ertrunken.

### Potenerkrankung.

Im Landkrankenhaus zu Detmold sind die Pocken ausgebrochen. Nach Mitteilungen in Lokalblättern und nach Gerüchten sind bis-  
her zwei oder drei Schwestern gestorben. Die Soldaten des Det-molder Bataillons wurden am Freitag geimpft, und alle sonstigen Vorbeugungsmassnahmen sind, wie es scheint, angeordnet. Die Verwaltung des Krankenhauses verweigert die Auskunft.

### Verschwinden einer Karawane.

Aus Peking wird gemeldet: Mister Langdon Warner von dem Smithsonian-Institut verließ am 20. Mai in Begleitung eines Deutschen namens Hadmann mit einer Karawane von 20 Kamelen, die mit 100 Kisten Proviant beladen waren, die Stadt Kalgan, um nach Urga zu reisen. Von der Zeit ihrer Abreise hat man jedoch nicht mehr von ihnen gehört. Man befürchtet, daß die Karawane bei einem großen Kariebrand umgekommen ist, denn es liegen Be-  
richte von Kariebrand vor, die über das Verschwinden einer großen Karawane berichten.

### Attentat auf Rothschild.

Aus Paris wird gemeldet: Als Henri Rothschild gestern abend den Boulevard entlang-ging, feuerte ein Mann zwei Revolverkugeln auf ihn ab, die Roth-schild am Oberarm und am Oberschenkel verwundeten. Der Täter, der von der Menge arg zugerichtet worden war, wurde auf die Wache gebracht. Man hat es anscheinend mit einem Geisteskranken zu tun. Der Verhaftete gab an, der 60 Jahre alte frühere Wollhändler Braudon zu sein. Die Verletzung ist nicht schwer, so daß Rothschild in einigen Tagen wieder hergestellt sein dürfte.

## Letzte Nachrichten.

### Bertha von Suttner gestorben.

Einer Meldung aus Wien zufolge ist die durch ihre Friedensbestrebungen bekannte Schriftstellerin Baronin Bertha von Suttner, Trägerin des Nobelfriedenspreises, gestern vormittag gestorben.

### Automobilzusammenstoß.

München, 21. Juni. Ein Postautomobil stieß mit einem Auto-mobil zusammen, in dem sich der Kriegsminister Frei-  
herr Arch von Archenstein und Major Schuster befanden. Der Kriegsminister wurde an der Hand verletzt. Das Automobil wurde stark beschädigt.



# Ein neues Wandgemälde für den Reichstagsaal.



### Der Sturm auf den Hosensboden.

#### Der Junker zu Hause.

Ku schmiere, Friedrich, mir die Aderstiebel  
Und schnalle auch die großen Sporen an.  
Die Zoppe her! Die Weste mit der Zwiebel;  
Den grünen Hut und die Samaschen, Mann!  
Den Falben satteln! . . . . .  
Nee, fast wie ein Märchen  
Kommt's mir hier vor nach all dem Knatsch und Kien.  
'n Kognak drauf! So für ein halbes Jährchen  
Sind wir mal wieder fertig mit Berlin.

Hier rede ich! Und Ordrer heißt parieren!  
Doch was sich dort so mancher Kerl erlaubt,  
Ist ja auf keine Bullenhaut zu schmieren,  
Und sowas hätt' ich früher nich jelaubt.  
Gewiß, der Landtag ist 'ne hübsche Sache;  
Hier mopst man sich ja sonst im Winter dot;  
Doch scheußlich find' ich die Jefejesmache,  
Red't einer dumm dazwischen, nämlich rot.

Hier wisch ich so 'nem Kleinen Kerl eins an die Ohren,  
Dag er koppheißer in den Graben geht,  
Dort aber muß man ganz geduldig schmoren,  
Bis er den frechen Speech zu Ende dreht.  
Das schmeißt uns die Leute an die Nasen!  
Mein Brügen wird vor Wut ganz klüfterig.  
Was sie uns sagen, das ist nicht zum Blasen.  
Ich dachte oft, ich krieg' den Sonnenfisch.

Wie les' ich meinen Kerls hier die Lebten!  
Dort aber schlägt die Plebs mir auf das Maul.  
Bejreif ich nich. Man sollte es verbieten.  
Kundare her! Dich sticht der Haber, Gaul!  
Reitpeitsche, Friedrich! Grinsen Sie nich immer!  
'n andres Wahlrecht! Ja! Da bin ich mang.  
'nen Landtag nämlich ohne roten Schimmer! . . .  
Fünf Monat Ferien. Nach, ah! Gott sei Dank!

P a n.

#### Prozesse der bürgerlichen Gesellschaft.

Prozesse sind die akuten Ausbrüche der Krankheiten, an denen eine Gesellschaft krankt. So sorgsam die Gesellschaft sie sonst verheimlicht, so ängstlich sie sonst mit ihren Gebrechen hinter dem Berg hält, im Gerichtssaal, wo es keine Discretion mehr gibt, und wo Leidenschaft oder Empörung den letzten Rest von Zurückhaltung aufbrauchen, wird Schande und innere Fäulnis und tödliche Krankheit ans Licht gebracht. Gerade in den letzten Jahren haben zahlreiche Prozesse die innerliche Verkommenheit der Klassen dargestellt, die sich mit Vorliebe die staatsrechtlichen nennen, weil ihr krasser Egoismus das zu erhalten trachtet, was ihre Verderbtheit unaufhörlich untergräbt. Die Prozesse gegen Eulenburg, Wetter-

nich, die Gräfin Fischer-Treuberg auf der einen Seite, die Prozesse gegen die Kölner Polizei, die Buchmacher-Gendarmen und das angenehme Gemisch von Polizisten und Mädchenhändlern in Myslowitz auf der anderen Seite haben aufs schlagendste bewiesen, daß bei den staatsrechtlichen Haupt und Glieder, Führer und Handlanger zermorcht sind und daß sie die ihnen nicht mehr zukommende Herrschaft nur noch dank einem Gewaltmißbrauch und einer auf ihre Interessen zugeschnittenen Staatsgestaltung aufrecht erhalten. Und all die jetzt von der Seite der Reaktion und der ihr ergebenen Regierung angezeigten Prozesse, die zum Ziel haben, die gefährdete Opposition zum Schweigen zu bringen, werden zu allem hin noch den Beweis erbringen, daß sich zur Verderbtheit der Edelsten der Nation auch noch eine schreckensbleiche Brutalität fügt, die mit Naturteilen den Zeichen der Zeit entgegenarbeitet will. Die Geschichte lehrt, daß eine verspielte Welt vor dem Untergang steht, wenn die Gewalthaber ihr sittliches Recht verloren und ihr scheinbares Recht mit der „eisernen Hand“ aufrecht erhalten wollen. Wer Ohren hat, zu hören, der höre!

In Eiberfeld spielt sich in diesen Tagen ein Prozeß ab, der scheinbar mit unserem öffentlichen Leben gar nichts zu tun hat und den die bürgerlichen Mütter in der Tat nur seines sexuellen Einschlags wegen in übelster Weise behandeln. Eine junge Dame der sogenannten Gesellschaft, die mehrere Verhältnisse hatte, hat, wie der Staatsanwalt behauptet, auf Anstiftung des einen Verlobten und Liebhabers den anderen erschossen. Es ist nicht unsere Sache, den Altsoden-Gheimnissen männertoller Mädchen nachzugehen, auch dann nicht, wenn, wie die bürgerliche Presse so geschmackvoll sagt, in einem Prozeß ein junges Mädchen der besseren Stände um ihren hübschen, blonden Kopf kämpft. Aber bei der Vernehmung der Angeklagten kamen so merkwürdige Ehrensichten zutage, daß es wirklich der Mühe wert ist, sie aus dem Buis der erotischen Prozeßberichte herauszulösen. Der Verlobte der Angeklagten kam hinter deren Beziehungen zu dem Affessor Kettelbed, wegen dessen Erziehung das Mädchen vor Gericht steht. Er erfuhr von einem Zusammentreffen der beiden und ließ sich von Kettelbed das Ehrenwort geben, daß dies Zusammentreffen zufällig gewesen sei. Kettelbed gab es; daraufhin zeigte Dr. Kollen ihn wegen eines falsch gegebenen Ehrenwortes an, worauf Kettelbed wiederum mit einer Pistolenforderung antwortete. Schon solche Lächerlichkeiten können nur in einer Gesellschaft vorkommen, die den leersten und höchsten Ehrbegriff vergöttert, den man sich denken kann. Aber die Sache kommt noch besser. Durch dies Zusammentreffen glaubte Dr. Kollen seine Braut kompromittiert, und um ihr aus diesem für eine Dame der guten Gesellschaft peinlichen Zustand herauszuhelfen, glaubte er nur ein Mittel vorzuschlagen zu können, nämlich . . . eine Heirat pro forma mit dem kompromittierten Kettelbed, eine Scheinehe, die am Tag nach der Trauung wieder gelöst werden sollte!

Unserem, der nicht im Besitz dieser Patentlehre ist, glaubt sich angesichts solcher Vorgänge und Pläne einfach in einem Karrenhaus. Daß erwachsene, vollsinnige Menschen solchen Unsinn überhaupt in Betracht ziehen können, ist der beste Beweis dafür, wie angegriffen vom Standeserfenn diese Gehirne sein müssen. Der Fall ist ein geradezu klassisches Beispiel, wie alles vor die Hunde geht, Liebe, Heirat, Menschlichkeit, nur damit dem Koloch des

Ehrebegriffs genügend Opfer fallen. Für diese Burschen kommt es ja gar nicht mehr auf die zu regelnde, in Frage stehende Sache an, sondern nur noch auf das Wie der Regelung. Der eine will seine Braut nicht zurückgewinnen und der andere will seine Stellung nicht retten, beide wollen sich nur fehlerlos nach den Regeln benehmen, deren Ausübung sie zu Kadavieren stempelt.

Das eben ist eine lang nicht genug beachtete Folge des Ehrenunfugs, daß er, der die Hohlheit selbst ist, auch seine Träger zu Hohlköpfen macht. Es sind dieselben Herren, die nicht genug von der Heiligkeit der Ehe und der Familie reden können, die mit dieser Heiligkeit selbst unangenehme Stenern bekämpfen und ibretwegen das Frauenwahlrecht zu verabscheuen vorgeben; es sind dieselben Herren, die verächtlich auf die Sittenlosigkeit des Profetariats herabsehen und von den traurigen Familienverhältnissen des niederen Volks fasziniert, die hier aus der Eheführung eine verbrecherische Farce machen wollen, zur höheren Ehre ihres Ansehens. Schlichte Menschen, die nicht würdig sind, vor den Lauf einer Pistole gefordert zu werden, gehören entweder innerlich so mit einer Frau zusammen, daß sie auch einen vorübergehenden Kettelbed in der Vergangenheit mit in den Kauf nehmen, oder sie werden sich der Täuschung bewußt, und lösen Verbindungen, die Sinn und Wert verloren haben. Anders die Staats-erhaltenden! Herr Dr. Kollen hat sich extra mit einem Kopfbruder, einem Rittergutsbesitzer, wie er stolz erzählt, beraten, und der war der Ansicht, der Seitenprung der Braut sei nur mit einer Heirat pro forma zu sühnen. Es muß dies eine seltsame Ehre sein, die durch Scheingeschäften wiederhergestellt wird, ebenso wie es ein seltsames Ehrengericht ist, das auf die Anzeige eines Ehrenwortbruchs hin beim Landgerichtspräsidenten zusammentritt, eine Pistolenforderung ablehnt und den Forderer, der zugleich Gefesedübertreter und Rechtsprophet ist, wegen seines Delikts nicht zur Verantwortung zieht. Ja, hätte der Affessor zur Wahl eines Sozialdemokraten aufgefordert, so hätte ihn keine Scheinehe oder in diesem Fall kein Scheinkonservativismus vor der Infamierung gerettet. Da kennt der Vater Staat und seine Betreuen keine Nachsicht. Für die ureigenen Sünden der Mitglieder der guten Gesellschaft selbst aber gibt es tausend Scheinmittelchen, die sie so lang untereinander vertreiben werden, bis eines Tages die brutale, ungeschminkte Wirklichkeit vor der Tür steht, die auf keine Pistolenforderung pro forma reagiert, sondern die Herren Patentbramänner zu samt ihrem ganzen Krampe zum Teufel jagen wird.

#### Akrobaten.

Von Kai Karul.

Es gibt unzählige Menschen, die eine elektrische Straßenbahn nicht in der Hauptsache als Bahn oder als bequemes und verhältnismäßig billiges Beförderungsmittel betrachten, sondern als willkommene Ursache, sich in aller Öffentlichkeit als Akrobat zu produzieren. Trotzdem ab und zu eine Kleinigkeit dabei vorkommt, wird immer wieder während der Fahrt auf- und abgesprungen. Die Menschen haben eben noch immer viel zu viel Bagemut und viel zu wenig Gelassenheit, ihn zu ängern. Es kann nicht jeder Flieger sein, Erstens kostet der Apparat zu viel, zweitens kann man vom

# Aus F. Engels Briefen an Joh. Ph. Becker.

London, 8. September 1879.

Lieber Alce!

Es tut mir leid, zu verneinen, daß Du noch immer in den Straßen des Wests bist und daß es nicht in meiner Macht steht, Dich ganz daraus zu befreien. Inzwischen hab ich Dir zwei Pfund zur Verfügung stellen können und auch von einem Freund, der sowohl Chemiker wie Kommunist ersten Ranges ist,\*) noch ein drittes erhalten und Dir die Postanweisung für diese drei Pfund vulgo 75,00 Frank, soeben herausgenommen, hoffentlich bekommst Du sie sofort ausgezahlt. Es versteht sich doch von selbst, daß Du Dich mir gegenüber gar nicht zu genieren brauchst; was ich für Dich tun kann, geschieht immer und immer sicher und mit Vergnügen, es ist eine Schande, daß wir noch nicht so weit sind, unseren Veteranen eine sorgenfreie Existenz zu sichern.

Die „Freiheit“ wird das neue Jahr schwieriger überleben, wenn sie nicht durch Dummheiten von anderer Seite eine neue Bedeutung gegeben wird. Man will ein offizielles Parteiorgan in Zürich gründen und die Zeitung — unter oberer Kontrolle der Leipziger — in die Hände von Züricher Deutschen legen, von denen ich nicht sagen kann, daß sie mir Vertrauen einflößen. Wenigstens stehen in dem von Schöberger, der einer davon ist, herausgegebenen sozialwissenschaftlichen Jahrbuch ganz kuriose Dinge: Die Partei habe unrichtigweise sich als eine Arbeiterpartei hingestellt, sich das Sozialistengesetz durch unbillige Angriffe gegen die Bourgeoisie selbst zugezogen, es handle sich nicht um Revolution, sondern um lange friedliche Entwicklung usw. Dieser feige Blödsinn ist natürlich Wasser auf Noths Mühle und er ist bei der Hand, ihn auszubenten, wie Du aus den letzten Nummern der Freiheit siehst. Man hatte uns von Leipzig aus aufgefordert, mitzuarbeiten am neuen Organ, und wie hatten auch zugestimmt; aber seitdem wir wissen, wer die nächste Leitung erhalten soll, haben wir wieder abgelehnt und seit diesem Jahrbuch hört vollends aller Verkehr mit den Leuten auf, die diesen Blödsinn und diese Arsfaktiererei in die Partei einschmuggeln wollen, mit Höchberg und Genossen. Die Leipziger werden bald merken, was sie da für Bundesgenossen ergattert haben. Uebrigens wird es bald einmal Zeit, aufzutreten gegen die philanthropischen Groß- und Kleinbürger, Studenten und Doktoren, die sich in die deutsche Partei eindringen und den Klassenkampf des Proletariats gegen seine Unterdrücker in eine allgemeine Menschenverbrüderungsanstalt verwässern wollen, und das in dem Augenblick, wo uns die Bourgeoisie, mit der man uns verbrüderet will, außer dem Geseh erklärt, unsere Presse zerschlagen, unsere Versammlungen gesprengt, uns der Volkzeiwillfür sans phrase ausgeliefert hat. Die deutschen Arbeiter werden diese Art Kampagne schwierig mitmachen.\*\*)

Unsere Leute in Rußland haben einen großen Triumph erlebt; sie haben die russisch-preussische Allianz zerippen. Hätten sie nicht die russische Regierung durch ihre rücksichtslose Aktion in diesen heillosen Schreden verfehlt, die Regierung wäre des inneren Verderbtes von Adel und Bürgertum über den von England verbotenen Einmarsch in das offene Konstantinopel und über die folgende diplomatische Niederlage in Berlin schon Meister geworden. So aber muß die Schuld dieser Niederlagen aufs Ausland abgewälzt werden, auf Preußen. Der Enkel und der Nefte mögen den Nihil in Alexandrowo zur Not verkleistert haben, zu heilen ist er nicht mehr.\*\*) Und wenn die Katastrophe in Rußland nicht sehr bald kommt, so kommt der Krieg zwischen Rußland und Preußen, den der Generalstabs schon während des französischen Krieges als dessen unabwendbare Folge vorhergesagt und der 1873 mit Ach und Krach vermieden wurde.

Run halt Dich tapfer und laß mal bald wieder von Dir hören und schreib einen ordentlichen Brief, auf so einer Postkarte kann man doch nicht ganz frei von der Leber weg sprechen.  
Besten Gruß von Marx und Deinem  
alten F. E.

\*) Es ist dies Schorlemmer, mit dem Engels noch in Manchester Freundschaft geschlossen hatte.  
\*\*) Vgl. jetzt Bebels Memoiren und meine Darstellung im „Vorwärts“ vom 5. Januar 1914 („Zur Entstehungsgeschichte des Züricher „Sozialdemokrat““).  
\*\*) Das Defensivbündnis zwischen Deutschland und Oesterreich, gegen Rußland gerichtet, ist am 7. Oktober 1879 geschlossen worden.

London, 15. September 1879.

Lieber Alce!

Meinen letzten Brief und die 75 Frank per Post hast Du hoffentlich erhalten.

Sorge schreibt, daß er auch an Dich wegen nötig werdender Erneuerung der Vollmacht betreffs Lingenaus Testament geschrieben, da der Tod Weibts sonst den Advokaten der Gegenpartei in den Stand setzen könnte, die alte Vollmacht als ungültig geordnet zu erklären und dadurch neue Verschleppung herbeizuführen.\*\*)

Marx, der noch an der See ist und sich wunderbar erholt haben soll, schreibt mir nun, ich möge Dich bitten, ihm das Formular zu der Vollmacht herzuschicken, damit er das Nötige besorgen kann. Willst Du also so gut sein, dies möglichst rasch zu tun. Hast Du Kosten dabei, so schreib mir gleich, wieviel es macht und ich schicke Dir das Geld. Je rascher dies besorgt wird, desto besser. Die Vollmacht natürlich ganz wie die frühere, nur daß Weibts Name darin fehlt oder er als verstorben angeführt wird.

Mit dem Züricher deutschen Parteiorgan wird die Sache immer schöner. Die Züricher Redaktionskommission, die unter Oberleitung der Leipziger das Blatt überwachen und zensieren soll, besteht aus Höchberg, Schramm und Bernstein. Nun haben aber Höchberg, Schramm und Bernstein in dem „Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“, das Höchberg in Zürich herausgegeben, einen Artikel „Müßblide auf die sozialistische Bewegung in Deutschland“ veröffentlicht, der sie alle drei als ganz ordinäre Bourgeois hinstellt, friedliche Philantropen; sie klagen die Partei an, zu ausschließlich eine „Arbeiterpartei“ gewesen zu sein, den Haß der Bourgeoisie provoziert zu haben und beanspruchen die Leitung der Bewegung für „gebildete“ Bourgeois ihres Schloßes. Da hört denn doch die Gemütslichkeit auf.

Müßblideweise kam vorgestern plötzlich Höchberg mir hier auf die Bude gestiegen. Da hab ich ihm dann reinen Wein eingegossen. Der arme Junge, au fond ein guter Kerl, aber erschrecklich naiv, fiel wie aus den Wolken, als ich ihm auseinandersetzte, daß wir nicht daran denken könnten, die proletarische Fahne fallen zu lassen, die wir seit fast 40 Jahren hochgehalten, und ebensowenig in den allgemeinen Kleinbürgerlichen Verbrüderungsdusel einzukommen, den wir nun ebenfalls seit beinahe 40 Jahren bekämpfen. Kurz, er weiß jetzt endlich, woran er mit uns ist und warum wir mit Seinesgleichen nicht marschieren können, was die Leipziger auch immer tun und sagen mögen.

Wir werden an Bebel ebenfalls eine ganz kategorische Erklärung unseres Standpunktes gegenüber diesen Alliierten der deutschen Partei abgeben, und dann sehen, was sie machen werden. Zieht das Parteiorgan im Sinne dieses Bourgeoisartikels auf, so erklären wir uns öffentlich dagegen. Soweit werden sie es indeß wohl nicht kommen lassen.\*\*)

Also schreib bald.

Besten Gruß von Marx und Deinem alten

F. Engels.

London, 21. September 1879.

Lieber Alce!

Deine Postkarte erhalten. Ich habe Dir eine Postanweisung herausgenommen für 1 Pfund Sterling 12 Schilling, was 40,20 Frank ausmachen sollte, damit Du, falls die Kosten der Vollmacht etwas mehr betragen, nicht feststehest. Marx ist wieder hier, in anscheinend höchst günstigen Gesundheitsverhältnissen, so daß am 2. Band Kapital nun wohl flott gearbeitet werden kann. Ueber den Verlauf der Verhandlung mit den Leuten im Lande des Ministeriums werde ich Dir seiner Zeit weitere Mitteilung machen.

In Eile

Dein alter

F. E.

London, 19. Dezember 1879.

Lieber Alce!

Auch gestern hatte ich Geld zu bekommen und es hand längst seit, daß Du dann sogleich auch eine Sendung erhieltest. Es wurde mir aber zu spät, damit, um noch die Postanweisung denselben Tag herauszunehmen, und den ganzen Nachmittag ging's mit im Kopf

\*) Ueber Lingenaus Testament berichtet Bebel im Kapitel „Eine verlorene Erbschaft“. Dritter Teil, S. 105—107.  
\*\*) Vgl. bei Bebel das Kapitel „Das Richterische Jahrbuch“, S. 58—64.

Fleigen allein heute schon nicht mehr leben, weil die Konkurrenz zu groß ist und weil die Lebens- und Unfallversicherungen für den Flugbesessenen geradezu unerträglich hohe Prämien erfordern. Und der richtige Sport bleibt eben immer nur der, bei dem eine gehörige Portion Lebensgefahr in Frage kommt.

Schon der Willigkeit wegen ist das Auf- und Abpringen auf eine fahrende Straßenbahn der beliebteste Sport. Man muß sich nur einmal einen Menschen betrachten, dem so ein Aufsprung ohne Fährnis geglättet ist. Wenn er in der Lotterie gewonnen hätte, könnte er kein strahlenderes Gesicht machen, als wenn er siegeschwollen und sich während wie ein Pfau nun auf dem Platz des Schaffners steht und jedem Fahrgast einzeln den proximen Blick zuwirft: „Ja, nun geht einmal her, was bin ich doch für ein Kerl! Was! Da! das soll mir erst mal noch einer nachmachen!“

Schon dieser strahlenden Gesichter wegen sollte sich die Polizei möglichst wenig um derartige Privatvergünstigungen der Staatsbürger kümmern; denn der Gelegenheiten, so ein recht vom Herzen beeinflusstes strahlendes Gesicht zu machen, sind zurzeit sehr wenige vorhanden. Aber glückliche und zufriedene Gesichter sind an mahgebender Stelle offenbar nicht gern gesehen. Sie passen nicht in den Rahmen des Gesamtbildes.

Dagegen muß also vorgegangen werden.

Nachdem die Polizeibehörde einer großen in Westdeutschland gelegenen Stadt festgestellt hatte, daß ein erhebliches Bedürfnis für einige neue Polizeiverordnungen sich zeigte, weil die bestehenden polizeilichen Verfügungen den Einwohnern bereits deatant in Fleisch und Blut übergegangen waren, daß sie seit einiger Zeit nichts mehr einbrachten, wurden zweiundzwanzig Beamte beauftragt, die geeigneten Vorarbeiten für eine neue Polizeiverfügung darzunehmen. Als diese zweiundzwanzig Beamte sieben Monate emsig gearbeitet und entsprechend nachgedacht hatten und der Etat bereits mit 970,23 Mark für 32 3/41 zehnjährige Federhalter a 3 Pf. belastet war, halte man die Grundfrage gefunden. Daß man auf dem richtigen Wege war, bewies die Tatsache, daß man das unentbehrliche Wort „unbefugt“ schon an geeigneter Stelle untergebracht hatte. Das Siebenmonatskind hieß jetzt: „Das unbefugte Auf- und Abpringen!“

Schwieriger war schon, die rechtliche Grundlage zu schaffen. Wenn sich jemand absolut das Genick brechen will, so geht das erstens die Polizei gar nichts an und zweitens wird der Betreffende sie vorher auch kaum um Erlaubnis fragen. (Wie war's vielleicht mit einer entsprechenden Verfügung?) Aber der Beweis für die Notwendigkeit der soeben ausgebrüteten neuen Verordnung mußte herbeigeschafft werden. Ganz egal wie.

Von Karrierempfehlungen und Arbeiterumzügen her weiß man, daß in jeder echt preussischen Stadt sieben Achtel der vorhandenen Poli-

zisten eigentlich ganz und gar überflüssig sind. Von dem verbleibenden einem Achtel sind ein Drittel dienstfrei und das andere Drittel langweilt sich in den Bäckstuben. Das letzte Drittel genügt für den Sicherheitsdienst der Stadt.

Obgleich in einer Holzpantinenfabrik, die vier Arbeiter beschäftigte, gestreift wurde, glaubte man dennoch genügend Hilfskräfte zur Aufstellung der Statistik, ohne die es ja nun einmal nicht geht, aufbringen zu können.

Ein halbes Jahr lang wurden täglich 470 Schulkente längs den 28 verschiedenen Linien der Straßenbahn aufgestellt, um jedes Auf- und Abpringen auf einen fahrenden Straßenbahnwagen gewissenhaft zu buchen.

Nach Ablauf dieser Frist wurde das Ergebnis zusammengestellt: Es sind in sechs Monaten, gleich hundertachtzig Tagen, auf einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen

Aufgesprungen . . . . .	11 Personen
Abgesprungen . . . . .	9 „
Im ganzen 20 Personen	

Dabei sind gefallen . . . . .	4 Personen
Davon sind verletzt . . . . .	1 Person
Davon sind tödlich verunglückt . . .	1 „

Das Gutachten lautete: Auf Grund einer sich auf den Zeitraum von sechs Monaten erstreckenden zu statistischen Zwecken erfolgten Beobachtung hat sich herausgestellt, daß das Auf- und Abpringen auf die in Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen mit erheblicher Gefahr verknüpft ist. Es wurde festgestellt, daß auf je 100 Aufbezug, Abprünge 5 tödliche und 5 leichtere Unglücksfälle zu verzeichnen sind. Es wurde ferner festgestellt, daß durch jeden solchen Unglücksfälle die ruhige und ordnungsgemäße Abwicklung eines geordneten Verkehrs gehemmt und unterbrochen wurde. Es kann des weiteren keinem Zweifel unterliegen, daß aus diesem Grunde, sowie aus der Verpflichtung der Behörden, den Sicherheitsdienst auch auf unbefohlene Personen und auf absichtlich gewollte Gefahren zu erstrecken, durch geeignete Maßnahmen eingegriffen werden muß.

Zwei Monate darauf war die entsprechende Polizeiverfügung fertig. Damit sie niemand versteht, ist sie im Amtsstil abgefaßt. Es würde andernfalls auch zu befürchten sein, daß sie nicht übertraten wird.

Sie umfaßt 973 Druckzeilen. In die gebräuchliche deutsche Umgangssprache übersetzt lautet sie: Das Auf- und Abpringen auf einen fahrenden Straßenbahnwagen ist wegen Lebensgefahr zu vermeiden. Wer gegen diese Verordnung verstößt, wird von der Mitfahrt ausgeschlossen und wird mit einer Geldstrafe in Höhe bis zu 9 Mark bestraft.

herum: Heute Abend kommt gewiß ein Brief vom Philipp! Und richtig, er kam. Und so hast Du mich um das Vergnügen gebracht, Dir eine Weihnachtsüberreichung zu machen. Ich habe also eine Postanweisung auf fünf Pfund Sterling herausgenommen, die nach der hiesigen Tabelle Dir dort mit 126 Frank ausgezahlt werden sollte, was auch sofort geschehen wird.

Und geht es hier so, ich kann nicht klagen, Marx ist besser auf dem Stumpf als voriges Jahr, doch auch noch nicht ganz wie er sein sollte. Frau Marx laboriert seit längerer Zeit ab und zu an der Verdauung und ist selten wohl. Der zweite Wand schreitet langsam voran und wird wohl auch nicht rascher voranschreiten, bis ein besserer Sommer als der letzte Marx erlaubt, sich einmal recht zu erholen.

Geister hab' ich dem Bebel geschrieben, wir könnten an dem „Sozialdemokrat“ nicht mitarbeiten.\*\*) Es geht aus Höchbergs weiteren Briefen hervor, daß er es für selbstverständlich hält, im „Sozialdemokrat“ die im Jahrbuch ausgesprochenen Ansichten vertreten zu können. Und solange die Leipziger mit ihm und seinen spießbürgerlichen Kollegen auf dem jetzigen Fuß stehen, seh' ich nicht ein, wie sie ihm das abjagen können. Damit sind wir ausgeschlossen. Nachdem wir seit dem Manifest (so schon seit Marx Schrift gegen Brudhohn) denselben Kleinbürgerlichen Sozialismus fortwährend bekämpft, können wir nicht mit ihm in dem Augenblick zusammengehen, wo er das Sozialistengesetz zum Anlaß nimmt, seine Fahne aufs neue zu erheben. Und es ist auch besser. Wir würden in eine endlose Debatte mit den Herren verwickelt, der „Sozialdemokrat“ würde ein Kampfplog und schließlich mühten wir doch öffentlich unsere Rücktritt erklären. Mit alledem wäre aber niemanden gedient als den Preußen und den Bourgeois, und so vermeiden wir's lieber. Das soll aber für andere Leute, die auch nicht, wie wir, gerade durch die vorgefallenen Verhandlungen jelsch gestungen sind, den Handsteh gegen Höchberg und Konforten aufzunehmen, — für andere soll das durchaus kein Vorbild enthalten. Ich sehe durchaus nicht ein, worum z. B. Du nicht an dem Blatt mitarbeiten solltest. Die Korrespondenzen der deutschen Arbeiter sind das einzige darin, wozu man noch Freude hat, und Arbeiten von Dir würde das Blatt nur heben; und da es doch einmal da ist, ist ein möglichst gutes Blatt einem schlechten immer vorzuziehen. Ich sage dies in der Erwartung, daß die Leute Dich ordentlich zählen, denn daß Du in Deiner Lage auch noch gratis arbeiten solltest, das wäre doch zu viel verlangt. Auch sind wir den Leipzigen nicht besonders böse wegen der Geschichte. Wir haben das schon seit Jahren kommen sehen. Liebstecht kann einmal das Bebel vermitteln und recht und links Freunde machen, nicht lassen und wenn die Partei nur äußerlich recht hart, zahlreich und womöglich auch gelbreich auftritt, so nimmt er's mit den zugezogenen Elementen nicht so genau. Das dauert dann so lange, bis er sich endlich einmal die Finger dran verbrennt. Wenn das geschieht, werden die guten Leute schon wieder umkehren ins richtige Fahrwasser.

Die „Freiheit“ ist reines Gebrüll ohne jeden Inhalt und Verstand, und Reiz, der sonst gar nicht ohne Verstand ist, zeigt sich hier unfähig, einen einzigen Gedanken hervorzubringen, seitdem er sich vom Boden der Partei losgerissen hat. Wenn ich denn einmal reines Geschimpf haben will, da ziehe ich doch weiland Karl Heingens vor, der machte es doch noch nobiger.

Vollnachts sind alle nach New York, aber seitdem weiter nichts gehört. Auf Liebstechts Hoffnungen ist wenig Verlaß, er hat deren immer mehr als nützlich.

Lehner hat seit Jahren schon mit dem hiesigen Bebel nichts mehr zu tun, er läßt sich selten sehen und knurrt dann meist ein wenig über den Lauf der Dinge im allgemeinen.

In Rußland geht die Sache famos. Es wird da recht bald zum Klappen kommen. Und wenn das geschieht, dann geht den großen Herren vom Deutschen Reich sofort der Allerwerteste zentnerweis mit Grundweis, das wird der nächste Wendepunkt der Weltgeschichte.

Die armen Anarchisten sollten Dich doch nicht ja verdrücken. Die sind ja auch ganz drunten durch. Im Westen haben sie nichts mehr zu tun als unter sich Anarchie zu treiben, daß die Haare fliegen und in Rußland holen sie mit all ihren Moritäten mit den Konstitutionellen die Kostanien aus dem Feuer, was sie eben jetzt zu ihrem Schrecken erubert haben.

Grüße von Marx und Deinem  
F. E.

\*\*) Dieser Brief ist jetzt in Bebels Memoiren veröffentlicht. Dritter Teil, S. 83—86.

Weil ich den vollständigen Entwicklungsgang dieser polizeilichen Verfügung kannte, erwartete ich, daß der letzte Passus lauten würde: — — — wird mit dem Tode, in weniger schweren Fällen mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren bestraft. Bei dem Aufwand von Arbeit und Kosten hatte ich das als das mindeste gedacht.

Wie man sich doch täuschen kann! —

## Die staatsgefährliche Entblößung.

Daß der Bieder Wilhelm in seinem ihm seit einem halben Jahr „angestammten“ Fürstentum Albanien äußerst unbeliebt ist, darüber sind sich wohl alle Leute einig. Ueber die Gründe dieser Unbeliebtheit telegraphieren nun die verschiedenen österreichischen, italienischen und deutschen Berichterstatter das Widersprechendste in die Welt hinaus.

Ein offenbar besonders eindringlicher Beobachter der Zustände im Lande des famosen „Abret“ glaubt feststellen zu müssen, daß das tiefe Missetat der Fürstin, mit dem sie sich bei öffentlichen Anlässen zeigte, die mohammedanische Bevölkerung aufs tiefste in ihren religiösen und sittlichen Gefühlen verletzt habe.

Ja, das hätte nun ein Mensch ahnen sollen! Dieser Wilhelm schämt sich doch, als er die Fahrt in den europäischen Orient antrat, nicht genügend von seiner preussisch-höfischen Gardeoffizierserziehung freigezogen zu haben. Ein Fundament seiner Weltanschauung war, daß, ungeachtet der für das „Volk“ erforderlichen „Schamhaftigkeit“, die „gesellschaftsfähigen“ Damen bei Hofe und in „Galavorstellungen“ bis zu einem gewissen Punkt über dem Kavalier nackt erscheinen müssen, und daß unter Umständen irgendeine Schranke mit Schere und Zentimetermaß die weiblichen Entkleidungsstücke vorchristlich macht. Aber er hätte sich doch sagen müssen, daß man die Untertanen nie zu tief blicken lassen darf, sonst werden sie auffällig. Und er hätte aus einem anderen Geblät seiner gewiß vorbildlichen Erziehung wissen können, daß es die Aufgabe aller monarchischen Diplomatie ist, zu verhüllen und nicht zu enthüllen. So bezeichnet nun vielleicht ein zu reichlicher Ausschnitt einen Einschnitt in seinem fürstlichen Dasein, und statt daß sich ihm, wie er hoffte, der Busen der Albaner liebevoll öffnet, nehmen diese präden Kerl in durchaus preussischer Weise an einem Querschnitt „Kergernis“.

Bei uns würden sich freilich die Frauen und Töchter gewisser Bürgerlicher Kreise begeistern bis aufs Hemd auszuziehen, wenn sie dadurch das heiß ersehnte Ziel der „Hoffähigkeit“ errängen!

# Verbands-Generalsversammlung in Groß-Berlin.

Die am vorigen Sonntag vertagte Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und der Umgegend wurde gestern in Obigals Festsaal fortgesetzt.

Eugen Ernst eröffnet die Versammlung um 9 1/2 Uhr. — Auf der Tagesordnung steht der

## Vericht der Reorganisationskommission.

Max Groger führt als Referent aus: In der Versammlung vor acht Tagen erhob Genosse Stadthagen den Vorwurf, die Kommission habe die Angelegenheit verschleppt. Dieser Vorwurf trifft nicht zu, ich muß ihn ganz entschieden zurückweisen. — Wie aus dem gedruckt vorliegenden Bericht bekannt ist, hat die Kommission die Beratungen über die Reorganisation der Parteiorganisation noch nicht abgeschlossen. Das Ergebnis der Beratungen über die Ursachen des Rückganges der „Vorwärts“-Abonnenten liegt im Bericht der Kommission vor. Es war zunächst festzustellen, ob der Rückgang der Abonnentenzahl so erheblich ist, wie angenommen wurde. Aus den angeführten Zahlen ergibt sich, daß es ein Auf und Ab immer gegeben hat. Genosse Stadthagen hatte in einer Generalversammlung die Behauptung aufgestellt, im Anschluß an die Dämpfungspolitik des Parteivorstandes habe die Mehrheit der Redaktion eine mehr nach rechts gerichtete Haltung eingenommen. Die Kommission hatte alle Veranlassung zu prüfen, ob diese Behauptung begründet ist, denn es muß natürlich verlangt werden, daß die Redaktion die von den Parteitagen aufgestellten Richtlinien nicht verläßt. Stadthagen ist den Beweis für seine Behauptung schuldig geblieben. Es ist festgestellt, daß die Haltung des „Vorwärts“ zur sogenannten Dämpfungspolitik das Ergebnis eines Redaktionsbeschlusses und nicht das Werk einzelner Redakteure ist. Die Kommission ist auch zu der Ueberzeugung gekommen, daß nicht die Politik allein den „Vorwärts“ beherrscht, sondern auch diejenigen Teile, die sich speziell mit Arbeiterangelegenheiten beschäftigen, nicht zurückgesetzt werden. Allerdings ist der „Vorwärts“ zum Teil zu wenig lebhaft. Eine größere Lebendigkeit ist notwendig, um größeren Einfluß auf die Leser zu gewinnen. Stadthagen hatte auch über Mängel in der inneren Organisation der Redaktion gesprochen. Was er in dieser Hinsicht auszusagen hatte, darüber ist innerhalb der Redaktion eine vollkommene Verständigung erzielt. Es war also nicht nötig, daß Stadthagen wegen dieser Angelegenheit die Parteigenossen alarmierte, zumal er ja seine Beschwerden im Zentralvorstand vorbringen konnte. Das hat er aber nicht getan. In der Kommission hat sich herausgestellt, daß die Verteilung des Raumes für die einzelnen Ressorts der Redaktion zu Streitigkeiten in den Redaktionskonferenzen Veranlassung gab. In dieser Hinsicht ist ja neuerdings manches besser geworden. Aber die Kommission hält es doch im Interesse des Blattes für notwendig, daß der „Vorwärts“ einen leitenden Redakteur bekommt. Sie glaubt, daß derartige Meinungsverschiedenheiten durch einen leitenden Kopf am besten geschlichtet werden können. Auch Genosse Rehring hat sich ja in der Parteipresse für die Chefredaktion im Gegensatz zur Mehrheit der Redaktion ausgesprochen. Es ist gesagt worden, wir seien nicht kompetent zur Lösung dieser Frage. Wir haben auch gar nicht die Absicht, die Personenfrage zu entscheiden. Die Kommission beantragt:

„Im Interesse des Blattes ist statt der jetzt üblichen Föhrung der Redaktionsgeschäfte durch die Mehrheit der Redaktion ein Chefredakteur zu schaffen und die Anstellung eines Chefredakteurs zu empfehlen.“

Also wir empfehlen die Anstellung eines Chefredakteurs, aber einen bindenden Beschluß können wir nicht fassen, weil das von der Personenfrage abhängt. Wir bitten Sie, unseren Antrag den maßgebenden Instanzen zu unterbreiten.

Hinsichtlich des Rückganges der Abonnentenzahl sind wir zu der Auffassung gekommen, daß nicht eine Rechtschwenkung der Redaktion erfolgt ist, auf welche der Rückgang zurückzuführen wäre. Der Rückgang im letzten Jahre muß uns ja bedenklich stimmen, aber mit einer eventuellen Schwenkung der Redaktion hat das nichts zu tun, sondern hier sind wirtschaftliche Momente bestimmend gewesen. Nach dem lebhaftesten Reichstagswahlkampf ist, wie immer in solchen Fällen, eine Rückstufung eingetreten und die wirtschaftliche Krise hat auch einen großen Einfluß ausgeübt. Es ist nun unsere Aufgabe, die Zahl der Abonnenten zu vermehren und dafür zu sorgen, daß die bürgerlichen Blätter aus den Arbeiterfamilien verschwinden. Vor allem werden wir zu wirken haben unter den Gewerkschaftsmitgliedern, bei denen man ja ein Verständnis für unsere Ideen voraussetzen kann. Im Interesse einer möglichst weiten Verbreitung des Blattes, namentlich um auch auf die Frauen und Töchter der Arbeiter Einfluß zu gewinnen, schlägt die Kommission die Herausgabe einer wöchentlichen illustrierten Unterhaltungsbeilage vor.

## Die Frage des Wochenabonnements

Hat die Kommission eingehend beraten. Sie hält es für notwendig, durch Einführung des Wochenabonnements die Zahlung zu erleichtern. Es fragt sich nur, in welcher Höhe. Es ist unmöglich, das Blatt bei seinem bisherigen Umfang zum Preise von 25 Pf. wöchentlich abzugeben. (Chol. Intrube.) Ich weiß, daß diese Frage heftig umstritten wird. Wir sind nach eingehenden Berechnungen zu der Ueberzeugung gekommen, daß ein Wochenabonnement von 25 Pf. bei dem jetzigen Umfang nicht möglich ist. Deshalb beantragt die Kommission:

„den maßgebenden Körperschaften die Einführung des Wochenabonnements für den „Vorwärts“ in Vorschlag zu bringen. Die Abonnenten erhalten eine wöchentliche illustrierte Unterhaltungsbeilage, deren äußeres Bild etwa dem „Weltspiegel“ entsprechen soll. Inhaltlich soll die Unterhaltungsbeilage gepflegt werden. Die Illustrationen sind im Tiefdruckverfahren herzustellen. Der wöchentliche Abonnementspreis wird dann auf 30 Pf. festgesetzt.“

Ich bitte Sie, Genossen, diese Angelegenheit mit demselben Gefühl der Verantwortlichkeit zu behandeln, wie es die Kommission getan hat. (Beifall.)

## Die Diskussion wird eröffnet.

Partling befrwortet ein Wochenabonnement von 25 Pf. Ein billiges Wochenabonnement ist notwendig, um Leser zu gewinnen. Das ist auch der Grund, weshalb gewisse bürgerliche Blätter eine große Verbreitung erlangt haben. Unsere Arbeiter halten allerdings an der irrigen Ansicht fest, die sensationelle Aufmachung der bürgerlichen Blätter habe ihnen eine weite Verbreitung verschafft, und nun sollen wir den bürgerlichen Blättern in der sensationellen Aufmachung folgen, anstatt zum billigen

Wochenabonnement überzugehen. Das wirtschaftliche Moment ist für die Verbreitung einer Zeitung in erster Linie maßgebend. Weil der Arbeiter nicht 1,10 M. auf einmal zahlen kann, geht er zur billigen bürgerlichen Presse über. Dadurch verlieren wir die Möglichkeit, diese Arbeiter prinzipiell aufzuklären und der Verlag verliert Gewinn. Durch das Wochenabonnement nehmen wir den Arbeitern den Grund, während der Arbeitslosigkeit zur billigen bürgerlichen Presse überzugehen. Solange wir ein billiges Wochenabonnement nicht einführen, kann unsere Agitationsarbeit für den „Vorwärts“ nicht den gewünschten Erfolg haben. Eine Vermehrung der Abonnenten bedeutet auch eine Steigerung der Mitgliederzahl und der prinzipiell aufgeklärten Genossen. (Beifall.)

Stadthagen: Sowohl der mündliche wie der schriftliche Bericht der Kommission läßt die Objektivität völlig vermessen. Da wird gesagt, ich sei aufgefordert worden, einen Plan für die Reorganisation der Redaktion aufzustellen. Ich weiß nichts davon, daß ein solcher Beschluß gefaßt ist. Weiter heißt es im Bericht, meine Angaben über eine Aenderung der redaktionellen Haltung des „Vorwärts“ seien nicht erwiesen worden. Auch das trifft nicht zu. Von dem, was ich in dieser Hinsicht gesagt habe, nehme ich kein Wort zurück. Es ist nicht erwiesen, daß meine Angaben unzutreffend seien. Nun wird vorgeschlagen, einen Chefredakteur anzustellen. Es kommt gar nicht darauf an, wie Rehring und andere darüber denken. Die Kommission hatte nur zu untersuchen, welche Ursachen für den Abonnentenzugang maßgebend sind. Damit hat die Frage der Chefredaktion gar nichts zu tun. Abgesehen davon, daß dem Chefredakteur nach Ansicht der Kommission die unerfüllbare Aufgabe zugehen soll, die Bandwirmer abzukümmern, damit sie in den gegebenen Raum passen, ist die Chefredaktion grundsätzlich abzulehnen. Es ist zu befürchten, daß ein Chefredakteur, der sich abhängig fühlt vom Parteivorstand und der Preschkommission, sich derart beeinflussen läßt, daß eine Schwenkung in der Haltung des Blattes eintritt. Die Unabhängigkeit der Redaktion würde dadurch gefährdet. Die gegenwärtigen Redakteure sind nicht willens, sich durch einen Chefredakteur zu Kulis herabdrücken zu lassen. Die Mehrheit der Redaktion würde es dann vorgeziehen, um Entbehrungen von ihren Posten zu bitten. Ich bitte Sie, über den Vorschlag der Anstellung eines Chefredakteurs zur Tagesordnung überzugehen. — Hinsichtlich des Abonnements steht die Redaktion auf dem Standpunkt, daß ein Wochenabonnement von 25 Pf. grundsätzlich notwendig ist. Nicht teurer, sondern billiger muß der „Vorwärts“ werden, wenn er eine weitere Verbreitung finden soll. Es ist nicht wahr, daß eine größere Ueberschüssigkeit vorhanden ist. Wie steht es denn mit den Ueberschüssen aus der Druckerei? Das sind doch auch Ueberschüsse des „Vorwärts“. — Wenn gesagt wird, ich habe meine Beschwerden nicht im Zentralvorstand vorgebracht, so bemerke ich, daß der Zentralvorstand keine Beschwerdeinstanz ist und ich nicht das Recht habe, an seinen Sitzungen teilzunehmen. Lassen Sie sich nicht durch bürokratischen und persönlichen Kram beeinflussen, sondern stimmen Sie für das Wochenabonnement von 25 Pf. (Lebhafte Beifall.)

Eugen Ernst: Zum Zentralvorstand gehört auch die Preschkommission. Dort seine Beschwerden vorzubringen, war Stadthagen berechtigt und verpflichtet.

Tauschel: Der Abonnentenschwund ist durch die Krise und durch die Abwanderung der Arbeiter zu erklären. Die bürgerlichen Blätter bieten auch in mancher Hinsicht mehr als der „Vorwärts“, Morgen- und Abendausgaben, Beilagen wie Ill., illustrierte Blätter usw. In der Hauptfrage ziehen sie aber die Leser durch das Wochenabonnement heran. Wenn wir das Wochenabonnement aber nicht für den „Vorwärts“ einführen, dürfen wir nicht teurer, sondern wir müssen billiger werden. Redner spricht gegen die Herausgabe eines illustrierten Wochenblattes und meint, es sei schon genug an den schlechten Illustrationen der „Neuen Welt“.

Rehmann (Reutlingen): Trotz der langen Zeit, die die Reorganisationskommission zu ihrer Aufgabe gebraucht hat, ist das Resultat nicht befriedigend. Eine illustrierte Beilage wie der „Weltspiegel“ ist für uns überflüssig. Die Arbeiter haben keine Zeit mehr übrig, um noch Bilderbogen zu besichtigen, oder das Studium der ersten Artikel im „Vorwärts“ muß darunter leiden. Das Wochenabonnement, das zu begründen ist wegen der dadurch erzielten Agitationserleichterung, darf aber nicht eine Verteuerung mit sich bringen.

Richard Fischer: Ich darf wohl annehmen, daß die Mehrheit der Versammlung für das 25-Pf.-Wochenabonnement ist. (Sehr richtig!) Ich stehe nicht auf diesem Standpunkt, aber ich glaube nicht, daß ich Sie für meine Meinung gewinnen kann. Es muß also damit gerechnet werden, daß Sie das 25-Pf.-Wochenabonnement wollen. Deshalb will ich Ihnen vorschlagen, was eintreten muß, wenn der „Vorwärts“ für 25 Pf. wöchentlich abgegeben werden soll. Partling sagt, der Aufschwung der „Volkzeitung“ ist auf das billige Abonnement zurückzuführen. Das ist nicht richtig. Solange die „Volkzeitung“ ein ernstes politisches Blatt war, ist sie zurückgegangen. Erst als sie ihren Charakter geändert hatte und ein Anhängel der Hoffischen Unternehmungen wurde, hat sich die Abonnentenzahl gehoben. Gewiß bringt ein billiger Preis einer Zeitung Erfolg, aber die Hauptfrage ist doch der Charakter. — Es wird gesagt, wir brauchen keine Ueberschüsse. Das heißt doch, dem Parteivorstand die Einnahmen entziehen, die er braucht, um seine Aufgaben zu erfüllen. An den Ziffern, die der Bericht liefert, ist nicht zu denken. Die sind nach gewissenhaften Berechnungen aufgestellt. Man weiß mit einem gewissen Vorwurf auf die Ueberschüsse hin. Ja, wollen Sie denn einen Geschäftsführer haben, der nicht Ueberschüsse, sondern Defizit macht? Wenn wir aus den Ueberschüssen der Druckerei ein eigenes Haus erworben haben, so ist das die Verwirklichung eines vorliegenden Planes, der auf unsere Entwidlung für die Zukunft Rücksicht nimmt. Es ist ganz falsch, zu sagen, die Gewinne der Druckerei stammen aus dem „Vorwärts“. Wir haben doch noch viele andere Aufträge, die auch Gewinn bringen. Das ist doch die Aufgabe einer Druckerei, auch Gewinn zu erzielen.

Es fragt sich nun: Können wir das 25-Pf.-Abonnement einführen? Ja, das können wir, aber nicht in der heutigen Form. Ich glaube nicht an eine wesentliche Steigerung der Abonnenten durch das Wochenabonnement, auch nicht an eine Vermehrung der Einnahmen. Der Charakter des Blattes ist für die Verbreitung bestimmend. Solange der „Vorwärts“ so ist, wie ihn die Berliner Genossen haben wollen, und wie er sein muß als ein Blatt, welches der prinzipiellen Aufklärung dient, wird er nie eine so weite Verbreitung gewinnen, wie die bürgerlichen Blätter, die auf die indiffe-

rente Masse zugeschnitten sind. Und eine sozialdemokratische Morgenpost wollen Sie doch nicht aus dem „Vorwärts“ machen. — Das 25-Pf.-Wochenabonnement läßt sich einführen, aber nur unter der Voraussetzung, daß das Blatt in einer Stärke von drei Bogen täglich erscheint. Damit dies Maß nicht überschritten wird, muß in der Redaktion jemand sein, der auf die Raumverteilung einen bestimmenden Einfluß hat. Der Streit um den Raum endet in der demokratischen Redaktion immer so, daß alles, was jeder einzelne Redakteur für notwendig hält, auch hinein kommt. Dann wird eben ein halber Bogen mehr gemacht. Der kostet 500 M., und wenn ein ganzer Bogen mehr gemacht wird, sind es 1000 M. Also, Genossen, überlegt Euch, ob das Blatt dadurch schlechter wird, wenn es einen halben Bogen weniger gibt. Das heißt, weniger Buchstaben, weniger Worte, aber denselben Inhalt in konzentrierterer Form. Unter diesen Umständen läßt sich das 25-Pf.-Wochenabonnement durchführen. (Lebhafte Beifall.)

Rehmann begrüßt die Schaffung eines Bindegliedes zwischen Expedition und Expeditionen, die Zeitungskommissionen. Der Vorschlag der Reorganisationskommission zeige aber noch einige Mängel. Redner macht deswegen einige Aenderungsvorschläge, um die Abonnentenzustellung zu vermindern.

Schubert polemisiert gegen die Ausführung Fischers und bestritt die Richtigkeit seiner Argumente. Wir, die wir die Kleinarbeit verrichten, wissen, daß viele Arbeiter deshalb zur bürgerlichen Presse übergehen, weil sie nicht 1,10 M. für den „Vorwärts“ zahlen können. Wenn wir das 25-Pf.-Wochenabonnement einführen, werden wir mit der Agitation für den „Vorwärts“ mehr Erfolg haben. Wir müssen den Arbeitern die geistige Kost verschaffen, aber nicht verteuern. Eingegangen ist folgender

## Antrag:

Das 25-Pf.-Wochenabonnement ist einzuführen. Die Entscheidung über die Gestaltung des „Vorwärts“, über seinen Umfang und dergleichen sollen Parteivorstand, Preschkommission, Redaktion und Geschäftsleitung gemeinsam beschließen.

Richard Fischer

unterstützt durch den Parteivorstand.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird mit großer Mehrheit angenommen. Das Schlußwort erhält

Groger: Wer bisher im Zweifel war, daß es notwendig ist, einen leitenden Redakteur anzustellen, der muß durch die Ausführungen des Genossen Fischer zu einer anderen Meinung gekommen sein. Es kann keine Rede davon sein, daß durch Einführung der Chefredaktion die anderen Redakteure zu Kulis herabgedrückt werden. Daran denkt keiner von uns und das läßt sich auch keiner gefallen. Wenn der Antrag Fischer angenommen wird, dann können wir den „Vorwärts“ auf die Höhe bringen, wo wir alle ihn haben wollen. Ich ersuche Sie deshalb, den Antrag anzunehmen. (Bravo.)

Hierauf erfolgt die

## Abstimmung.

Der Antrag der Kommission, der die Anstellung eines Chefredakteurs empfiehlt, wird mit großer Mehrheit angenommen. Der Antrag Richard Fischer und des Parteivorstandes wird gegen wenige Stimmen angenommen.

Die folgenden Anträge der Reorganisationskommission werden ebenfalls angenommen.

I. Unter Beibehaltung der jetzigen Betriebsform ist mit den maßgebenden Verantwortlichen uns nächstehender Vereine Rücksprache zu nehmen, wie in systematischer Weise in den Fabriken und sonstigen Arbeitsplätzen für die Ausbreitung des „Vorwärts“ am zweckmäßigsten agitiert werden kann. In gleicher Weise soll auch versucht werden, für die Verbreitung unserer Broschürenliteratur geeignete Maßnahmen zu treffen.

II. Die öffentlichen Anschlagtafeln zur Propaganda für den „Vorwärts“ regelmäßig und in geeigneter Form zu benutzen.

III. Die Expeditoren sollen gehalten sein, falls Abonnenten den „Vorwärts“ abbestellen, diese Abbestellung umgehend der Expansionsleitung zu melden. Diese hat den zuständigen Funktionär davon zu benachrichtigen. Seine Aufgabe ist es dann, die Ursache der Abbestellung festzustellen und zu verhindern, den Abonnenten zu erhalten.

Zum Antrage III wird noch ein vom Genossen Köhler beantragter Zusatz angenommen, welcher lautet:

„Für jeden Wahlvereinsbezirk ist ein Buch anzulegen, welches die „Vorwärts“-Abonnenten enthält.“

Die Eintragungen sind vom Expeditur zu machen. Die Bücher sind Eigentum des Wahlvereins und müssen beim Wechsel der Bezirksführer an den Abteilungsleiter zurückgegeben werden.

Die Bezirksführer werden verpflichtet, das Buch mindestens alle drei Monate dem Expeditur zur Ergänzung vorzulegen.“

Abgelehnt wird ein Antrag der Kommission, welcher besagt, daß der „Vorwärts“ zum Zweck der Bekämpfung an Lokale mit großem Verkehr einen Raum gratis zu liefern ist.

Damit ist der erste Punkt der Tagesordnung erledigt. Hierauf werden die vorliegenden

## Anträge der Kreise

beraten. Quert wird der folgende Antrag des Bezirks Teltow-Beeskow zur Debatte gestellt:

„Die Verbandsgeneralsversammlung wolle beschließen, daß diese, anschließend an ihren Beschluß vom 18. Mai 1913, ausdrücklich feststellen möge, daß gegen die Beschäftigung des Genossen Vorhardt als Redner, Lehrer und Schriftsteller für unsere Sache nichts eingewendet werden kann, und daß die Verbandsgeneralsversammlung den Zentralvorstand beauftragt, dem Genossen Vorhardt bei seiner Tätigkeit keine Hindernisse in den Weg zu legen.“

Der Antrag rief eine längere Diskussion hervor, an der sich außer Vorhardt noch andere Redner beteiligten. Gegenstand der Debatte waren Einzelheiten aus dem Schiedsgerichtsverfahren sowie einige Stellen aus dem Urteil des Schiedsgerichts, worüber

# Augen auf!

Gewisse Fabrikanten suchen von dem großen Vertrauen, das Maggi's Bouillon-Würfel dank ihrer unübertroffenen Güte genießen, zu profitieren: sie bringen Bouillon-Würfel geringerer Qualität in einer Umhüllung zum Verkauf, die derjenigen von Maggi's Bouillon-Würfeln täuschend ähnlich ist.

Wer sicher sein will, Maggi's Bouillon-Würfel zu erhalten, verlange deshalb gefl. ausdrücklich diese, achte auf den Namen „Maggi“ sowie die Schutzmarke  Kreuzstern und weise Nachahmungen zurück.

Maggi-Gesellschaft.

Vorherdi Anstalten vertrat, die von anderen Rednern entschieden zurückgewiesen wurden.

Weber beantragte namens des Zentralvorstandes die Ablehnung des Antrages Teltow-Beesfow mit Rücksicht darauf, daß Vorherdi zu dem Schiedsgericht selbst eine Haltung eingenommen habe, die als ungehörig bezeichnet werden müsse.

Lebebour betonte, daß die von Weber vorgebrachten Argumente mit dem vorliegenden Antrage nichts zu tun haben. Der Antrag spreche nur aus, was in der Partei geltendes Recht sei.

Vorherdi ging schließlich nochmals auf seine Angelegenheit ein und tief durch Wiederholung seiner früheren, vom Schiedsgericht als unbegründet bezeichneten Behauptungen lebhaften Widerspruch und Unwillen hervor.

Der Antrag Teltow-Beesfow wird schließlich mit 202 gegen 187 Stimmen abgelehnt und das Abstimmungsresultat mit Beifall angenommen.

Ohne Debatte werden die folgenden Anträge angenommen:

I.

Die Verbandsgeneralversammlung möge beschließen: Zur besseren Uebersicht über die Zahl der arbeitslosen Mitglieder sind entsprechende beitragsfreie Marken einzuführen und an die Kreise unentgeltlich abzugeben. An Stelle der bisherigen Form der Abstempelung der durch Erwerbslosigkeit beitragsfreien Monate sind diese Marken zu verwenden.

II.

Im Interesse der geistigen Anregung des Parteilebens in Berlin sowie entsprechend dem demokratischen Charakter der Partei, die ihre wichtigsten Fragen und Entscheidungen den breiten Kreisen ihrer Mitgliedschaft unterbreiten muß, ist auf die Tagesordnung jeder ordentlichen Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin außer den geschäftlichen Berichten und Wahlen die jeweilig wichtigste politische Frage mit entsprechendem Referat zu setzen.

Der Reorganisationskommission wird ein Antrag des Genossen Adena überwiesen, welcher befragt, daß für die Zahlabende außer den geschäftlichen Angelegenheiten eine für ganz Groß-Berlin gleichlautende Tagesordnung aufgestellt und im „Vorwärts“ bekanntgemacht wird.

Krause bringt eine Differenz beim Bau „Lindenhaus“ zur Sprache, die dadurch entstand, daß eine Schweizer Firma beschäftigt wurde, die vom deutschen Bauarbeiterverband gesperrt ist.

Wolf, der als Vertrauensmann auf dem Bau fungiert, bemerkte dazu, es handele sich bei Heranziehung der Firma um einen Verstoß des Genossen Fischer. Nach einer Aussprache sei die Angelegenheit den Wünschen der Arbeiter entsprechend geregelt worden.

Das bestätigt auch Aug. Dinne als Mitglied der Reinerkommission, der im übrigen betonte, daß Fischer von der Sperre, die durch die Kölner Bauarbeiter verhängt wurde, bei Abschluß des Vertrages nichts wissen konnte, umso weniger, als ja auch Mitglieder des Bauarbeiterverbandes bei der Firma arbeiteten.

Die Tagesordnung war damit erledigt. — Um 3 Uhr schloß der Vorsitzende Ernst die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie.

### Vom Jahrmakrt des Lebens.

#### Der Sterbende Achill!

Rufe, verhalte dein Haupt! Ein Großer geht dahin! Tränen den Augen meldet sich der Verlag der „Staatsbürger-Zeitung“ seinen Lesern, daß das deutschvölkische Banner in den Staub sinkt. Auch die von Rudolf Lebius aus der gelben Bewegung mit-

gebrachten Gelder konnten das Sterben der Staatsbürgerin nicht aufhalten. Sie ist so gut wie pleite und wird vom 1. Juli an das Banner der deutschvölkischen Sache nur noch einmal in der Woche aufrollen. Dafür aber um so kräftiger. Ohne Rücksicht und Scheu, so versichert der Verlag, werde man mit dem Rufe: Heil! heil! deutschvölkische Auffassung vertreten.

Vielleicht trägt der Verlag — wir meinen es gut mit ihm — einem von uns ausgehenden Vorworte Rechnung. Wie wäre es, wenn Rudolf Lebius seine Erfahrungen aus der gelben Organisation schildert, wenn er darlegt, wie man ihn mit jüdischem Gelde aus der Redaktion des „Bund“ ausgeschafft hat? Es gingen ihm zwar die garantierten Schweigegeelder in Höhe von 70 000 Mark flöten; doch was fragt ein so überzeugungstreuer Mann wie Rudolf Lebius nach Geld und Gut, wenn es heißt, seine deutschvölkische „Gesinnung“ zu bekräftigen. Das wäre noch eine Möglichkeit, die Bitte um einige Zeit hinauszuschieben.

### Die neue Heilmethode.

Ein großes Verdienst um die leidende Menschheit kann das Bürgermeisteramt des rheinischen Städtchens Münster am Stein auf sein Konto buchen. Es ist der Entdecker einer neuen Heilmethode, der Baderarbeitstherapie. Dem Bürgermeisteramt des Städtchens gebührt aber auch der Ruhm, die neue Heilmethode in der Praxis angewendet. Es inserierte in der „Staats- und Gemeinde-Balancen-Zeitung“ die folgende Kur:

„Registrator zur Anlegung kleiner Register mit 1100 Einwohnern gegen kostenlose Baderkur gesucht. Bürgermeisteramt Bad Münster am Stein.“

Eine sehr schätzenswerte Leistung. Nachdem von Regierungseite wiederholt erklärt wurde, daß die Sozialpolitik zu einem gewissen Abschluß gekommen sei, ist es von einem hohen Bürgermeisteramt doppelt anerkannt, daß es der praktischen sozialen Hilfe neue Wege weist. Die paar Arbeitslosen, die zwar auf keine Kur, wohl aber auf Verdienst rechnen, können ja schließlich weiter hungern.

### Die größte Kanone!

Lieb Vaterland magst ruhig sein! Jetzt haben wir die größte Kanone. Gemeint ist nicht etwas Mister Meschugge oder irgendein anderes meschuggenes „Rusijphänomen“. Nein, in Wahrheit, wir haben die größte Kanone. Sie ist hundeshellig. Die Firma Krupp lieferte sie für den Bagatellpreis von nur 400 000 Mark. Dafür kann man aber auch auf eine Strecke von 24 Kilometern im Umkreis jeden Spähen vom Dach schicken. Freilich wäre das ein etwas kostspieliges Vogelschießen, kostet doch jeder scharfe Schuß etwa 10 000 Mark.

Nun soll uns noch einer kommen! Dann immer feste druff! Wir haben ja die größte Kanone und auch das genügende Geld, um es zu verpulvern.

### Schlange als Erzieher.

Den preussischen Leutnant magst und keiner nach! Als Bismarck einstens dies große Wort aussprach, dachte er an den Leutnant als militärischen Erzieher, an den im Kampfe kühn vorwärtsstürmenden Offizier. Für Kühnheit und erzieherisches Talent scheint man in der verwinkeltesten probeznen Zeit leider gar keinen

Sinn mehr zu haben. Leutnant Schlange vom 166. Infanterieregiment in Saargemünd kann es an erzieherischem Talent und an Kühnheit mit jedem anderen preussischen Offizier aufnehmen, und doch hat man ihn aus dem schönen Elbfisch in die triste polnische Garnison Bromberg verlegt. Und das hat man ihm an, weil er auf einer Kaisergeburtstagsfeier im-Büsch sein erzieherisches Talent und seinen Mut nicht unter den Scheffel stellte. „Der da irgendein „Wades“, ein Lehrer, der sich erstreckte, in einem Wortwechsel vermitteln zu wollen, den Leutnant Schlange mit dem Musikmeister des Regiments hatte. Ritsch, ritsch, hatte das Schulmeisterlein ein paar hinter den Ohren jühen. Die konnte er sich erdreisten, vermitteln zu wollen, wenn ein königlich preussischer Leutnant, den uns keiner noch macht, einen Kratzeel hat.

Leider hat uns — die „Post“ wird es mit tiefstem Bedauern wieder einmal konstatieren müssen — die lange Friedenszeit entlehrt. Man hat in unserer vermeintlichen Zeit kein Gefühl mehr für Mut und Kühnheit. Statt den dreisten „Wades“ davon zuzugagen, schickt man den kühnen Helben an die russisch-polnische Grenze. Da mag der Teufel Erzieher spielen! Es ist wahrlich zum Verzweifeln.

### Spiel und Sport.

#### Fußballresultate.

Adler I gegen Hertha 1:1; Adler II gegen Hertha II 1:4; Neuföln-Brieg gegen Fichte III 5:0; Germania I gegen Stralauer Ballspielklub 2:2; Borussia I gegen R. A. C. 1:1:5; S. f. P. gegen Stralauer Ballspielklub III 9:0; Jungstralon I gegen Lindenwalde I 3:1; Jungstralon II gegen Rüstig-Vorwärts 3:3.

#### Faustball.

Freie Turnerschaft Mariendorf gegen Tempelhof 84:73; Spiel und Sport-Lahnitz gegen Mariendorf 102:84; Neuföln-Brieg gegen Fichte III 76:55.

#### Stafettenlauf.

Neuföln-Brieg gegen Fichte III 69% Sek. für Fichte III; Spiel und Sport-Lahnitz gegen Freie Turnerschaft Tempelhof 68 Sek. für Tempelhof; Freie Turnerschaft Mariendorf gegen Tempelhof 79% Sek.

## Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands

Zahlstelle Berlin.

### Steinarbeiter.

Am 1. Juli (27. Woche) tritt die neue Beitragsregelung in Kraft. Der Zentralvorstand macht bekannt, daß mit dem Abschluß der Quartalsabrechnung alle Marken nicht mehr verkauft werden dürfen. Etwähige Restanten müssen dann schon ihren Rückstand mit dem erhöhten Beitrag ausgleichen.

Am Sonntag, den 28. Juni, vormittags von 9-12 Uhr, findet in sämtlichen Zahlstellen Groß-Berlins eine

#### allgemeine Regelung

der Mitgliedsbücher statt. Die Kollegen werden erucht, möglichste Präsenz für den Erfolg derselben zu betreiben. Vom Erscheinen besteht sind nur diejenigen Kollegen, welche ihr Buch schon vorher in Ordnung (27. Woche) gebracht haben.

Die Ortsverwaltung.

### Oeffentliche politische Versammlungen.

# Oeffentl. Volksversammlung

am Dienstag, den 23. Juni 1914,

abends pünktlich 8 Uhr,

in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10-11.

Tagesordnung:

### Aus russischen Kerkern.

Ein Hilferuf!

### Die Leiden der politischen Gefangenen Rußlands.

Vortrag des Schriftstellers Ernst Reuter mit erläuternden Lichtbildern.

Zu der Versammlung werden Eintrittskarten zum Preise von 20 Pf. vorausgabt, die in nachfolgenden Ausgabestellen zu haben sind:

- Zigarrengeschäft Schredler, Hagelberger Straße 54/55.
- Zigarrengeschäft Horich, Engelauer 15.
- Zigarrengeschäft Baumann, Rungestraße 30.
- Bureau des 4. Wahlkreises, Stralauer Platz 10/11. Von 9-1 und 5-7 Uhr.
- „Vorwärts“-Expedition, Petersburger Platz 4.
- Zigarrengeschäft Schneider, Hufelandstraße 30.
- „Vorwärts“-Expedition Mars, Greifenhagener Straße 22.
- Zigarrengeschäft Pinner, Treschowstraße 36.
- Restaurations Diebler, Brummenstraße 150, im Hof.
- Restaurations Friedrich, Gerichstr. 19.
- Restaurations von Paersch, Oldenburger Straße 10.

Der Ueberdruck wird dem Deutschen Hilfsverein für die politischen Gefangenen Rußlands zugewendet.

1913/19\* Der Einbrucher: Eugen Ernst, Lindenstraße 2.

### Charlottenburg.

## Oeffentliche Versammlung

am Dienstag, 23. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Köpenicker 3.

Tagesordnung:

- 1. Sozialdemokratie und Monarchie, Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Lebebour.
- 2. Freie Aussprache.

250/19 Wahlverein Charlottenburg: Der Vorstand.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek Jedes Heft 20 Pfg.

## Verband der Steinsetzer, Pflasterer u. Berufsgenossen Deutschlands.

Achtung! Tarifbezirk Groß-Berlin. Achtung!

Die Firmen Ernst Junge, Nieder-Schönhausen, Kaiserweg 6, und Gebrüder Ahrend, Marschner u. Bittkau in Oranienburg sind gesperrt, weil sich diese Firmen beharrlich weigern, den durch den Schiedspruch des Berliner Einigungsamts zustande gekommenen Tarifvertrag anzuerkennen. In Betracht kommen die Baustellen: Kaiserweg, Nieder-Schönhausen; Kanalisationsgraben, Französisch Buchholz und Blankenfelde i. N., Oranienburg; Berliner Str., Mühlenstr., Lehmitzstr. Die Bewegung wird noch weiteren Umfang annehmen, da auch die Firma Wilhelm Langen, Wilhelmsruh bei Berlin den Tarif noch nicht anerkannt hat, obwohl sie nach den Bestimmungen des § 12 des bis zum 31. März 1914 gültigen Tarifvertrags den Schiedspruch anerkennen müßte. Wir bitten deshalb alle Arbeitsjüngende, diese Firmen bis auf weiteres streng zu meiden.

Die außerordentliche Versammlung am 23. Juni fällt aus. Die nichterledigten Anträge werden in der Versammlung am 12. Juli mit erledigt.

Die Bezirksleitung.



## Verein der Freidenker für Feuerbestattung.

Gegr. 1905. Sitz Berlin. Gegr. 1905. Geschäftsstelle: F. Sachloben, Berlin O., Rigauer Str. 61. Tel. Rönigk. 3699. Kassierer: Paul Stieler, Neukölln, Weißstr. 21, III.

Eintrittsgeld 1 M. — Monatlicher Beitrag 30 Pf. Nach dreijähriger Mitgliedschaft kostenlose Einäscherung und Beisetzung der Aschenkapel. — Aufnahme ohne ärztliche Untersuchung. — Nach 25-jähriger Mitgliedschaft Beitragsfreiheit.

Montag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Straße 11/12:

## Große Versammlung.

Tagesordnung: 286/10\*

Vorführung des neuen Krematoriumsmodellbildes.

— Verschiedenes. —

Gäste willkommen.

Der Vorstand.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5. Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Spezialität: Nordhäuser Kautabak von G. A. Kanewacker, Grimm & Triepel.

Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.

Amt IV. 3014.

## Griehens Reiseführer

Bayerisches Hochland (Salzburg, Salzkammergut)	M.
kleine Ausgabe	1,50
große Ausgabe	3,-
Buckow und Umgebung	—,60
Dresden u. Sachs. Schweiz	—,20
Erzgebirge	—,20
Freienwalde u. Eberswalde	—,60
Harz (kleine Ausgabe)	1,20
(große Ausgabe)	2,50
Mecklenburg	1,50
Nordseebäder	—,20
Oberspreewald	—,50
Ostseebäder	—,20
Potsdam und Umgebung	—,50
Rheinreise	1,50
Riesengebirge (kl. Ausg.)	1,20
(gr. Ausg.)	2,50
Rügen	1,50
Sächsische Schweiz	1,-
Schwarzwald (kl. Ausgabe)	1,20
(gr. Ausgabe)	2,50
Spreewald	—,60
Thüringen	2,50
Thüringer Wald	1,20
Tirol (große Ausgabe)	3,-
(kleine Ausgabe)	1,50
und andere.	

## Buchhandlung Vorwärts

Lindenstr. 69 (Laden).

## Buchhandlung Vorwärts

Lindenstraße 69

## Wie soll man wandern?

Anleitungen und Winke von Engelbert Graf. Preis 20 Pf.

## Mit Rucksack und Wanderstab.

Von Jürgen Brand. Preis 20 Pf.

## Jugend-Liederbuch.

Preis 25 Pf.

# Das gute Kiebeck Bier

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Scholz, Neuföln, für den Inzeratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.